

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Kt 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Dienstag, 16. Feber 1926.

Nr. 40.

## Das Parlament und die franke Koalition.

Heute tritt das Abgeordnetenhaus zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtstagen zusammen und damit soll die eigentliche Tagung des Parlamentes beginnen. Endlich! In welchem parlamentarisch regierten Lande der Welt wäre noch eine solche Besonderheit möglich, daß die Haupttätigkeit seiner legislativen Körperschaft im Nichttun besteht! Wo wäre es noch denkbar, daß drei volle Monate nach den Wahlen das Parlament erst „ordentlich“ zu tagen beginnt, denn in den wenigen Sitzungen vor Weihnachten wurden nicht einmal sämtliche Ausschüsse gewählt und auch die beiden Kammern nicht endgültig konstituiert. Auch jetzt wäre das Parlament noch nicht zusammengetreten, wenn nicht die über Anregung der deutschen Sozialdemokraten unternommene Aktion der gesamten Opposition auf die Einberufung des Abgeordnetenhauses der Regierung Flügel gemacht und sie gezwungen hätte, aus der Dunkelkammer der Koalition in die Helle des Parlamentes zu treten. Doch das größte und einzig dastehende Kuriosum ist, daß die Regierungsparteien jetzt, wenige Stunden vor der Sitzung, noch völlig uneinig sind, daß sie untereinander über keine einzige der Vorlagen, die der Erledigung zugeführt werden sollen, ein Einverständnis erzielt haben, und daß alles, was das Parlament verhandeln soll, weder vorbereitet noch geklärt ist. Hundert Mann der neuuniformierten Parlamentsspitze stehen bereit, um oppositionelle Abgeordnete, die etwa ihrem Born über die bei uns betriebene Regierung Ausdruck geben wollten, aus dem Saale zu schleppen, sieben große Schalltrichter werden dafür sorgen, daß die Stimme jedes Redners vernünftig sein wird, das ist aber auch alles, was an Vorbereitungen für die bevorstehende Parlamentssession getroffen wurde. Viele Wochen hindurch sind die verschiedenen Sechser-, Zwölfer- und Vierundzwanziger-Ausschüsse beisammen gewesen und haben unter Ueberschreitung des Achtstundentages gebrütet, aber nicht das kleinste Eisen ausgebrütet; nicht einmal darüber verstanden sie untereinander schlüssig zu werden, wer Präsident des Abgeordnetenhauses und des Senates wird. Vollständiges Versagen auf allen Linien, die Koalition ist invalide, das Parlament ist krank, weil die Koalition an unheilbarer Krankheit leidet, ohne daß sie den herzhafte Entschluß aufbrächte, selig zu verabschieden.

Wenn nicht die für heute Vormittag anberaumte Sitzung des Zwölferausschusses der Koalition noch im letzten Augenblick anders beschließen sollte, so wird die Regierung am Nachmittag dem Abgeordnetenhaus die Vorlage betreffend die Regulierung der Staatsangestelltenbezüge unterbreiten. Das darf man aber nicht so wörtlich nehmen. Der Gesetzentwurf wird wohl vorgelegt werden, aber die wichtigste Voraussetzung für seine Geltungskraft, die finanzielle Bedeckungsfrage, ist nicht im mindesten gelöst. Man kann nur den Mut einer Regierung bestaunen, die es vor der Bevölkerung und vor den Staatsangestellten wagt, diese Sache in so unfertigem Zustande vor das Parlament zu bringen. Es ist das erschauende Phänomen zu verzeichnen, daß die Regierung die Vorlage eigentlich nicht im Namen der Regierungsparteien einbringt, sondern auf eigene Faust, denn keine der Parteien ist bisher mit dem Inhalte der Vorlage und der Art der Lösung der Bedeckungsfrage einverstanden, keine will sich zu ihr bekennen und für sie die Verantwortung tragen. Es gibt sogar solche, die sie als „unannehmbar“ erklären. Nicht einmal die Partei des Ministerpräsidenten will sein Kind mit Freude anerkennen. Die einzige Säule, die noch aufrecht steht, ist Herr Svehla, der nun auch schon die Meinung der Regierungsparteien zu beachten aufhört und der die Vorlage unbefümmert um die durcheinanderlaufenden Meinungen der Regierungsparteien unter der Devise: „Frisch Vogel oder stich“ einbringt. Es kann bei einer Beamtenregierung vorkommen, daß sie Vorlagen einbringt, für die sie dann im Hause eine Mehr-

## Das Ringen um die französischen Finanzvorlagen.

Drei Milliarden neuer Steuern erforderlich

Paris, 15. Feber. Die Kammer hat heute vormittag eine Reihe von Steuerdorschlägen abgelehnt. Insgesamt hätten heute für eine halbe Milliarde neue Steuern bewilligt werden sollen, von denen aber kaum 15 Millionen angenommen worden sind. Zu Beginn der Nachmittagsitzung hat die Kammer ebenfalls eine Reihe von Steuern, die im Finanzprojekt vorgesehen sind, an die Kommission zurückverwiesen. Zusammen bleiben zur Herstellung des budgetären Gleichgewichtes noch über 3 Milliarden Steuern zu bewilligen. Briand hat als letzten Termin den Dienstag-Vormittag angesetzt. Nach der allgemeinen Auffassung wird er in letzter Stunde noch auf die Loucheur-Steuern, die ungefähr 3 Milliarden ausmachen, zurückkommen, und die Totalannahme dieser Steuern verlangen. Der Finanzminister dürfte, da wahrscheinlich eine Reihe der Loucheur-Steuern abgelehnt wird, zuletzt noch die Umsatzsteuer und die Produktionssteuer vorschlagen. Briand wird bis zum letzten Augenblick abwarten, bevor er das Schicksal des Kabinetts aufs Spiel setzt. Wahrscheinlich wird im Laufe der heutigen Nacht die Finanzdebatte in der Kammer ihren Höhepunkt überschritten haben.

In der Nachmittagsitzung lehnte die Kammer trotz dem Eingreifen Briands und des Finanzministers, der auf die Dringlichkeit der Erhöhung der Tabakpreise hinwies, welche der Staatsschatz 500 Millionen Franken einbringen würde,

den betreffenden Artikel mit 291 gegen 207 Stimmen ab. Das Ergebnis der Abstimmung rief besonders bei den Radikalen und in der Mitte, die für den Vorschlag stimmten, große Erregung hervor. Der gewesene Minister Le Troquer stieß mit dem Deputierten der Rechten Balanant heftig zusammen.

Unter allgemeiner Erregung ergriff sodann der sozialistische Deputierte Renaudel das Wort. Er machte dem Ministerpräsidenten Briand den Vorwurf, daß er Freitag bei dem Artikel, welcher der Einkommensteuer, es handelt sich um die Erbschaftsteuer) nicht die Vertrauensfrage zu stellen gezwungen war und daß er sich hätte lieber auf die Mehrheit stützen sollen, welche diesen Artikel vorbereitete. Die Situation wird sich, erklärte Renaudel, in der Nacht klären, bis die Rechte Farbe bekennen muß, ob sie die Steuer von den geleisteten Zahlungen, welche die Regierung vorschlagen dürfte, annehmen wird.

Dem Redner antwortete sofort Ministerpräsident Briand in heftiger Weise. Um 10 Uhr setzte die Deputiertenkammer ihre Beratungen fort.

Paris, 15. Feber. Um 10 Uhr wurde in der Deputiertenkammer verkündet, daß der Finanzkommission mit 13 gegen 8 Stimmen den Regierungsvorschlag zur Einführung von Stempeln von geleisteten Zahlungen abgelehnt hat.

## Deutsche Intervention in London.

Gegen die Vermehrung der ständigen Ratsitze. — Der Locarnopakt bedroht.

Berlin, 15. Feber. (Eigenbericht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond ist heute vormittags hier eingetroffen und hatte zunächst am Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem Staatssekretär von Schubert und dem zuständigen Referenten. Nachmittags wurde er von Dr. Stresemann empfangen. Morgen folgen weitere Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Als künftiger Stellvertreter des Generalsekretärs des Völkerbundes, dessen Posten man einem Deutschen einräumen will, wird der deutsche Votschafter Kauscher in Warschau genannt.

Wie der Londoner „Sunday-Express“ mitteilt, wird der deutsche Votschafter in London, Herr Ehammer, die Empfindungen seiner Regierung Chamberlain schon anfangs dieser Woche übermitteln. Er werde zu verstehen geben, daß Deutschland, wenn die Intriguen fortgesetzt werden sollten, seine Stellung zum Völkerbund einer

neuen Prüfung unterwerfen werde. Das könnte das Ende des Locarnopaktes bedeuten.

Dazu wird mitgeteilt, daß in der Tat die Reichsregierung eine diplomatische Aktion wegen der Vermehrung der ständigen Ratsitze auf Spanien, Brasilien und Polen plant, in deren Verlauf die anderen Regierungen über die abzulehnende Haltung Deutschlands in dieser Frage unterrichtet werden sollen. Es ist anzunehmen, daß diese Aktion rein sachlichen Charakter haben und keine Drohungen enthalten wird.

## Chamberlain zurückhaltend.

London, 15. Feber. (Reuter.) Im Unterhause fragte ein konservativer Abgeordneter, ob Außenminister Chamberlain die Gerüchte, welche über eine Vermehrung der Zahl der ständigen Mitglieder des Völkerbundes im Umlauf sind, durch die Erklärung zerstreuen könne, daß sich die britische Regierung gegen jede bedeutende Erhöhung der Mitgliederzahl des Völkerbundes stellen werde. Die Antwort auf diese Frage verschob Chamberlain bis kurz vor seine Abreise nach Genf.

heit zusammenzufuchen trachtet, aber wenn eine parlamentarisch sich nennende Regierung diese Methode anzuwenden gezwungen ist, dann zeigt dies, daß diese Regierung eine tragfähige Mehrheit überhaupt nicht mehr hinter sich hat. Svehla hat seinen widerpenstigen Getreuen, um sie zum Handeln zu machen, schon vor einigen Tagen mit dem Rücktritt gedroht, nun setzt er alles, wenn nicht ein Unfall erfolgt, auf die eine und letzte Karte: er bringt die Staatsangestelltenvorlage ein und will die Koalitionsparteien zwingen, sie mit Haut und Haaren, mit allen Mängeln und Unzulänglichkeiten zu schlucken, und er hofft, die Angst aller vor der Zerstückelung der Koalition werde schließlich die Einigung erzwingen.

Der Wirrwarr in der Koalition beschränkt sich aber nicht nur auf die Staatsangestelltenvorlage. Niemand weiß, was sein wird und wie das Parlament arbeiten soll, am allerwenigsten die Regierung. Die Koalition vegetiert nur noch, auf zitterigen Beinen stehend, kann ihr kaum noch eine Belastungsprobe zugemutet werden. Auf der einen Seite die zerfallene Regierungsmehrheit, die außer der nationalen Vorkriegshabsicht keine Idee und kein gemeinsames Interesse mehr bindet, auf der anderen die starke Opposition, die nur durch den Schwindel des dritten Skrutiniums in eine Minderheit ver-

wandelt werden konnte, die der Ausdruck der tiefgehenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Koalitionsmißwirtschaft ist und die durch den brutalen Gewaltstreich der Sprachenverordnungen, durch die Verschiebung der Anerkennung Sowjetrußlands und manch anderen Streich in keine bessere Laune versetzt worden ist. Svehla und die Seinen aber bilden sich ein, es werde immer so weiter gehen, und sie fahren fort, die Schaffung der Grundlagen für neue Kombinationsmöglichkeiten zur Bildung anderer Regierungskoalitionen zu verhindern. Präsident Masaryk ist ein stiller Mann geworden, er mag wohl eingesehen haben, daß seine gelegentlichen Appelle und Mahnungen gegenüber den Laten des Ungeistes der Regierungen in einem gar zu schroffen Widerspruche stünden. Svehla und Kramar sind die Alleinherrscher geworden. Wohin die Dinge unter diesem Szepter geraten, dafür wird die kommende Parlamentsagung ein trauriges Beispiel geben. Bald werden die letzten Auswege verschüttet sein. Erkennt niemand von den Verantwortlichen im Staate den Ernst und Macht einem Regime ein Ende, das die den Staat bewohnenden Völker immer stärker auseinanderbringt, sie gegeneinander mit Todfeindschaft erfüllt und die Verhältnisse unentwirrbar macht?

## Ausschluß Bachmanns aus der Partei.

Des Parteischiedsgerichtes Beschluß  
und seine Begründung.

Wir veröffentlichen im Nachstehenden den Beschluß des Parteischiedsgerichtes über die Ausschließung Bachmanns aus unserer Partei und die Begründung dieser Entscheidung durch das Parteigericht. Mit Recht stellt dieses Urteil vorweg fest, daß schon die bloße Teilnahme an der Rußlanddelegation Bachmann als langjährigen und überzeugten Sozialdemokraten schwer belastete, da das Wesen dieser Reiken und ihr sichtbarer kommunistisch-parteilastischer Zweck die Beteiligung eines Sozialdemokraten als seiner unwürdig hätte verwehren müssen; zumal, wie das Schiedsgericht feststellte, Parteifunktionäre dies auch dem Arbeiter Bachmann vorher klargemacht hatten. Läßt also das Schiedsgericht bereits hier gewissermaßen zwischen den Zeilen seines Beschlusses lesen, daß schon die Teilnahme Bachmanns an der Rußlandreise einen schweren Disziplinbruch darstellte, so steht es umso mehr auf dem Standpunkt des Rechts, der Disziplin und der Moral, wenn es das Verhalten Bachmanns nach seiner Rückkehr von der Reise als im vollen Widerspruch mit den Rechten und Pflichten eines Parteimitgliedes qualifiziert und als maßgebend für den Ausschluß Bachmanns aus der Partei bezeichnet, Dienst eines Mitgliedes für eine andere Partei — und den hat Bachmann seit seiner Rückkunft unausgesetzt geleistet — ist laut unserem Parteistatut, auf das sich das Urteil des Schiedsgerichtes beruft, zwingender Ausschlußgrund, und zwingend — das fügen wir hinzu — wohl auch für jeden rechtlich und sittlich empfindenden Menschen. Wir wollen, worüber vor dem Parteischiedsgericht ja nicht zu rechten war, nicht verkennen, daß nicht Bachmann die Haupt- oder gar die alleinige Schuld dafür trägt, daß er aus einem guten Sozialdemokraten in einen Menschen sich verwandelte, der augenscheinlich die Maßstäbe für Geradsicht, Pflichtbewußtsein und Parteidisziplin verlor; gewiß, er ist mit eines der Opfer jener Partei geworden, die nun seit Jahren Verantwortungsgesellschaft, Sitte, Anstand und Ehrlichkeit in der proletarischen Bewegung leider nicht ohne jeden Erfolg zu untergraben versucht. Doch das ist für keinen Parteigenossen, am wenigsten für ein so altes Mitglied wie Bachmann, ein Milderungsgrund. Im Gegenteil: gerade im Kampf hat eben der Mann sich zu erproben und wer so wie Bachmann seine Fahne im Stich läßt, hat aufgehört, den Ehrentitel eines sozialdemokratischen Parteifolknaten zu führen. Und wir hoffen, daß dieser Spruch des Schiedsgerichtes über Bachmann auch im allgemeinen dazu beitragen wird, überall dort, wo durch Schuld der Kommunisten etwa die Begriffe von Recht und Pflicht in der sozialistischen Arbeiterbewegung verrückt wurden oder verrückt zu werden Gefahr laufen, Gefühl und Urteil wieder geradezurichten.

Nachstehend der Schiedspruch:

## Beschluß

des Parteischiedsgerichtes über den Ausschließungsantrag aus der Partei der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Teplich-Schnau gegen das Parteimitglied Wilhelm Bachmann, Glasmacher in Kleinaugezd.

Das gemäß § 51 des Organisationsstatutes eingeleitete Schiedsgericht, bestehend aus dem vom Parteivorstand bestellten Vorsitzenden Adolf Pohl, Sekretär der Union der Bergarbeiter in Turn-Teplich, den von der Bezirksorganisation Teplich namhaft gemachten Beisitzern: Heinrich Kramser, Druckereileiter Teplich, Josef Jungbauer, Glasarbeiter in Zudmattel, Franz Maganz, Metallarbeiter in Goslitz und den vom Beschuldigten Wilhelm Bachmann namhaft gemachten Beisitzern: Franz Maier, Glasmacher, Fischmannhütte, Bruno Hofmann, Glasmacher in Kleinaugezd und Bertram Ratscher, Kaufmann in Turn-Teplich, hat in Anwesenheit der Parteien:

Richard Boreng, Sekretär für die sozialdemokratische Bezirksorganisation Teplich-Schnau, und des Beschuldigten Wilhelm Bachmann, nach durchgeführtem Beweisverfahren festgestellt, und abgetwiefen angenommen, daß Wilhelm Bachmann für eine andere Partei (die kommunistische) tätig ist und hat bei zwei Stimmeneinstimmungen den Beschluß gefaßt,

Das Parteimitglied Wilhelm Bachmann gemäß §§ 50 und 52 des Organisationsstatuts aus der Partei auszuschließen.

Gründe:

Die von Wilhelm Bachmann aufgeworfene Frage, ob die Teilnahme an der Russlanddelegation ein ausreichender Grund zum Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei sei, beantwortet das Schiedsgericht nachstehend:

Wenn auch die Teilnahme eines Sozialdemokraten an der Russlanddelegation nicht als Vergehen zu betonen sei, das den Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei rechtfertigt, so ist es doch eine Handlung, die den Parteinteressen entgegensteht, selbst dann, wenn manchem der gute Glaube an den Reiseweg: „Die Wahrheit über Sowjetrußland zu erfahren“, zugestanden werden müsse.

Es taucht dabei auch die nicht unwesentliche Frage auf, ob ein Sozialdemokrat — obgleich er die Solidarität mit dem russischen Proletariat nicht weniger stark empfindet — es für angemessen und mit den Parteigrundsätzen vereinbar findet, sich von derselben russischen Regierung bewirten zu lassen, ihr Gast zu sein, welche Arbeiter zu Tausenden nur deshalb in ihren Gefängnissen hält und nur deshalb in Verbannung schiebt, weil sie Sozialdemokraten sind.

In seinen eigenen Angaben und Ausföhrungen beim Schiedsgericht bestätigt Wilhelm Bachmann, daß er es für seine „moralische Pflicht“ hält, die Berichte über die Sowjetreise in den von der kommunistischen Partei zu Propagandazwecken einberufenen Versammlungen zu erstatten und er hat seit seiner Rückkehr aus Rußland unausgesetzt diese „moralische Pflicht“ gegenüber der kommunistischen Partei erfüllt, und wie er bei dem Schiedsgericht ausdrücklich betonte, sich noch verpflichtet fühle, dies weiterhin zu tun.

Selbst bei Berücksichtigung mancher Umstände, die Bachmann zu seiner Verteidigung ins Treffen führt, bleibt bestehen, daß er sich zu diesem Propagandadienst für die kommunistische Partei hergibt, daß er effektiv und wirklich für die kommunistische Partei tätig ist. Das Schiedsgericht erblickt auch darin keinen Unterschied, ob diese Tätigkeit für eine gegnerische Partei, — die kommunistische Partei ist eine solche —, in der angeblich „neutralen und harmlosen“ Form einer sogenannten objektiven Berichterstattung über Sowjetrußland erfolgt oder in einer anderen dieser Partei geeigneten Weise.

Wilhelm Bachmann, der immerhin in die Reihen der aufgeföhrten sozialdemokratischen Vertrauensmänner zu zählen war, mußte schon längst eingesehen haben, daß er als Werkzeug in dem Dienst der kommunistischen Partei tätig ist. Er hätte das schon unmittelbar nach seiner Rückkehr von Rußland einsehen können, als man ihm die geföhrten Berichte der Delegation vorlegte. Er hat diese Berichte als unwahr und als nicht von der Delegation entsendete bezeichnet, er hat er trotzdem seither ununterbrochen bis in die allerjüngste Zeit in kommunistischen Versammlungen gesprochen. Er hat diese von den Kommunisten von ihm verlangte Tätig-

keit keineswegs als mit seinen Parteigrundsätzen in Widerspruch stehend abgelehnt, er hat das Gegenteil davon getan, polemisierte ohne zwingenden Grund in den kommunistischen Zeitungen gegen die eigene Partei, so daß das Schiedsgericht zu der Feststellung gelangt, Bachmann habe durch diese fortgesetzte Tätigkeit in Diensten einer anderen Partei, nämlich der kommunistischen.

Das Organisationsstatut der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik bestimmt im § 2 die Gründe, unter denen ein Mitglied der Partei nicht angehören

Erhöhung — der Offiziersgagen.

Die Staatsbeamtenvorlage als Vorpann.

Der jesuitische Kniff, mit der Erhöhung der Gehalte der Staatsangestellten gleichzeitig auch die Kongrua, die Gehalte der Wehrpflichtigen zu erhöhen, ist vorläufig nicht gemacht worden. Der Sturm der Entrüstung, der durch die Bevölkerungsmeinung, als der schändliche Plan bekannt wurde, hat bewirkt, daß man die Erhöhung der Kongrua aus der Vorlage herausgehoben hat und sie separat der Erledigung zuföhren will. Viel Glück auf dem Wege!

Man wird aber bekant, daß in der Staatsangestelltenvorlage auch das Gehaltsschema der Gassen des Heeresstandes erscheint, deren Gehalte bisher ebenfalls in einem Spezialgesetz geregelt waren. Mit der Erhöhung der Gehalte der Staatsangestellten sollen auch die Gehalte der Offiziere und Rotmeister erhöht werden! In welchem Ausmaße dies geschehen soll, ist vorläufig noch nicht bekant, denn daß die Erhöhung der Offiziersgehälter mit durchgeföhrt werden soll, hat man nur durch den offiziellen Bericht über die Sitzung des Volkskongresses der Koalitionsparteien erfahren, an der Ministerpräsident Sevela, Finanzminister Dr. Engliš und Innenminister Kofel teilnahmen und wo über die gestellten Abänderungsanträge beraten wurde.

Und in diesem Bericht heißt es: „Die Forderung, daß der Generalfeldmarschall in die höchste Gehaltsstufe eingereiht wird, wird in der Weise geregelt, daß das Gehalt solcher militärischer Persönlichkeiten auf dem Verwaltungsweg bestimmt wird, da die Stelle dieses Beamten nicht dauernd, sondern nur zeitlich ist. Die Rotmeister werden in drei Gruppen eingeteilt. Ueber die Offiziersgehälter an Stelle der bisherigen Verpflegungszulagen wurde noch nicht entschieden.“ Man ist einfach starr, mit welchen Kniffen und Schlichen gearbeitet wird, um eine Sache durchzudrücken, von der man weiß, daß sie von 99 Prozent der gesamten Bevölkerung abgelehnt wird.

Im Herbst 1923 begannen plötzlich, wie auf ein Signal, eine Anzahl tschechischer Blätter, über die große Not, das große Elend der Offiziere zu schreiben. Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses zog eines schönen Tages der damalige Minister für nationale Verteidigung, Udržal, ein umfangreiches Schriftstück aus der Tasche und begann es vorzulesen. Es war ein Gutachten des Sanitätschefs über den Gesundheitszustand der Offiziere, und wurde darin ernstlich behauptet, daß insbesondere die jüngeren Offiziere unterernährt sind! Der Minister schloß seine Vorlesung damit, daß er erklärte, die Erhöhung der Offiziersgehälter sei unbedingt notwendig! Genosse Jol, der damals Mitglied des Wehrausschusses war, gab dem Minister sofort zur Antwort, daß ehe man über die Erhöhung der Offiziersgehälter reden könne, man zuerst eine Erhöhung der Mannschaftegehälter, die man zwei Jahre vorher gekürzt habe, vornehmen müsse! Als dann im Budget die Teuerungszulage für die Mannschaftepersonen auf die Hälfte herabgesetzt wurde, zugleich aber das Ministerium für nationale Verteidigung sich mit der Absicht trug, den Offizieren und Rotmeistern außerordentliche Zulagen zu gewöhren, und dies ohne Zustimmung der Volksvertretung, brachte Genosse Jol die ganze Sache in der letzten Sitzung im Jahre 1923 in das Plenum des Abgeordnetenhauses. Er gab in seiner Rede namens der Parteifraktion folgende Erklärung ab:

„Wir werden der einseitigen Liebesgabenpolitik an Offiziere und Rotmeister den entschiedensten Widerstand entgegenstellen. Und wie erklären, daß, falls das Ministerium für nationale Verteidigung es wirklich wagen sollte, diese große Summe zur Auszahlung zu bringen, ohne das Parlament zu befragen, daß wir darin einen „fatalen Verfassungsbruch“ erblicken.“

Wohl, weil die Regierung sah, daß außer den deutschen Sozialdemokraten keine andere Partei gegen ihre Pläne auftrat, wurden nicht nur zu Weihnachten 1923, sondern auch die folgenden Jahre ohne verfassungsmäßige Bewilligung diese Zulagen ausbezahlt, und zwar in noch erhöhterem Ausmaße. Aber davon noch nicht genug, hat das Ministerium, wieder ohne verfassungsmäßige Bewilligung, sogenannte „Tagelöhner“ eingeföhrt, eine Entschädigung, die jeder Offizier und Rotmeister für jeden Tag, den er im Dienst ist, bekommt. Alle diese Zulagen, neben den anderen Zulagen, die unter allen möglichen Titeln laufen, wie: Wohnkosten im Dienstort, Dienst in Karpatenrußland, Sulzhelm und so weiter.

Genosse Jol protestierte auch gegen diese willkürliche Umgehung des Gehaltsgesetzes. Anlässlich der Beratung des Budgets für das Jahr 1926 führte der Genannte im Budgetausschuß in dieser Frage aus:

„Unter diesen Gründen ist auch der: „Der sozialdemokratischen Partei kann nicht angehören, wer für eine andere Partei tätig ist.“

Das Schiedsgericht ist zu der Überzeugung gekommen, daß diese Bestimmung auf Wilhelm Bachmann zutrifft und war daher gemäß dem Antrage der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Teplý auf Grund der §§ 50 und 52 des Organisationsstatuts Wilhelm Bachmann aus der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik auszuschließen.

Turn, am 7. Februar 1926.

„Ich habe im Jahre 1924 und Anfang 1925 in Interpellationen an den Herrn Minister die Anfrage gerichtet, wieso er an die Gassen Teuerungszulagen auszahlen ließ und auf welche parlamentarische Beschlüsse sich diese Ausgabenposten stützten. Im Jahre 1924 wurden pro Offizier 1200, pro Rotmeister 800 K ausbezahlt, im Jahre 1925 pro Offizier 2000 und pro Rotmeister 1600 K. Der Herr Minister hat sich in seiner Antwort darauf geföhrt, daß diese Teuerungszulagen auf Grund eines Ministerratsbeschlusses aus den Ersparnissen eines Budgets gewöhrt worden sind. Wir sehen in diesem Vorgange nichts anderes als das Bestreben, das zu erreichen, was auf dem Wege der Gesetzgebung nicht möglich ist, die Erhöhung der Offiziersgagen! —

Wir sind der Ansicht, daß hier eine traffe Gesetzesverletzung vorliegt und daß der Herr Minister das Recht hat, nur die Summen auszugeben, die ihm von der Nationalversammlung gebilligt werden. Werden in einem Ressort Ersparnisse gemacht, so verfallen sie laut einer Bestimmung in unserer Verfassung der Staatskassa. Ich möchte den Herrn Minister ferner fragen, auf Grund welcher Bestimmungen den Offizieren für jeden Tag Dienst 4 Kronen und 60 Heller Kostgeld gegeben werden. Ich kann mich nicht erinnern, daß irgend einmal ein solcher Beschluß geföhrt worden ist. Auch das ist wieder ein Mittel, um auf Umwegen das gestellte Ziel zu erreichen.“

Die volle Berechtigung dieser Proteste und Kritik unsererseits erhieft nun ihre Bestätigung

Die Beoldungsreform der öffentlichen Angestellten.

Stellungnahme der im Deutschen Gewerkschaftsbund vertretenen Organisationen.

Das Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter im Deutschen Gewerkschaftsbund (Verband der Eisenbahner, Verband der öffentlichen Angestellten, Gewerkschaft der Postler, Gewerkschaft der Tabakarbeiter) hat in seiner Sitzung am 18. Februar 1926 zu der bevorstehenden Einbringung der Regierungsvorlage über die Besoldungsreform der Staats- und öffentlichen Angestellten Stellung genommen und beschlossen, bei der parlamentarischen Beratung des Entwurfes nachstehende Grundsätze zu vertreten:

Die Gehälter aller Angestellten und Bediensteten-Kategorien des Staates und der autonomen Körperschaften, sowie der staatlichen Unternehmungen, Anstalten und Fonds sind demnach zu regeln, daß das Ausmaß derselben den gegenwärtigen Lebenshaltungskosten (Index) entspricht. Ueberdies sind die Gehälter der niedrigen Kategorien mit Rücksicht auf die ungenügende Bemessung der Vorkriegszeit entsprechend zu steigern. Die sozialen Zulagen (Frauen- und Kinderzulagen) sind gleichmäßig für Beamte und Bedienstete ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Aenderung des Familienstandes zu gewöhren. Ueberzeitungsleistungen sind besonders zu entschöhen. Das bisherige System der Bezüge ist als Grundlage für das neue Gehaltsschema beizubehalten. Für besonders qualifizierte oder gesundheitschädliche Dienstleistungen sind Qualifikationszulagen zu gewöhren. Die Aufstiegsmöglichkeiten aus niedrigeren Dienstgruppen in höhere sind zu erleichtern und zu erweitern. Das Ortszulagenklassensystem ist nach Preisregionen indermäßig zu regeln. Die Pensionbemessungsgrundlage hat aus dem Gehalt und 50 Prozent der höchsten Ortszulage zu bestehen. Außerdem sind soziale Zulagen zur Pension (Frauen- und Kinderzulagen) zu gewöhren. Gleichstellung aller Pensionisten auf der Grundlage des neuen Bezügeystems. Der Pensionsfondsbeitrag ist auf das Ausmaß der Vorkriegszeit herabzusetzen. Die gesamte Dienstzeit ist im Höchstmaß mit 35 Jahren festzusetzen. Die Anwärterfristen dürfen auch bei den niedrigen Kategorien 3 Jahre nicht überschreiten. Die Durchrechnung der Dienstzeit, sowie die Anrechnung von Vordienstzeiten, wie auch der Kriegshalbjahre und Kriegsjahre sind im Sinne der bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten. Jede Verschlechterung der Urlaubsverhältnisse muß abgelehnt werden. Um die Abschöpfung der Urlaube zu ermöglichen, ohne das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit zu verletzen, sind Ersatzkräfte beizu-

stehen. Den autonomen Körperschaften ist die Verpflichtung aufzuerlegen, das neue Gehaltssystem einzuföhren, sofern sie nicht die Besoldungsverhältnisse ihrer Angestellten günstiger geregelt haben.

Die im Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen erinnern die Regierung an ihr wiederholt gegebenes Versprechen, zu allen die Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der Staats- und öffentlichen Angestellten betreffenden Beratungen die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen beizuziehen und erwarten, daß auch ihnen gegenüber dieses Versprechen eingelöst wird.

Änderungen an der Staatsangestelltenvorlage. Laut „Narodni Listy“ wurde in der Samstagsitzung des Koalitionsausschusses in Angelegenheit der Einstellung der Restriktion eine Aenderung in dem Sinne beschlossen, daß der diesbezügliche Paragraph lauten wird: „Die Bestimmungen des Gesetzes beziehen sich nicht auf Angestellte, die bis zur Herausgabe des Gesetzes schriftlich von der Restriktion verständigt wurden“ anstatt der ursprünglichen „werden“. Die Restriktion wird allerdings weiter durchgeföhrt. — Weitere Aenderungen im Staatsangestelltengesetz sind: Die Vorrechte der Legionäre bleiben aufrecht. Ueber die Zertifikatsfragen wird im Zusammenhang mit der Reform des Wehrgesetzes eine besondere Verordnung herausgegeben werden. Was die Ueberföhren der Staatsangestellten in die neuen Gehaltsstufen betrifft, erklärt die Regierung, daß die Ueberföhren nach den jetzigen Bezügen ein Festhalten an der Ribelisierung wäre. Im ganzen werden 76.000 Staatsangestellte übergelöhrt werden. Darunter befinden sich 31.000 Angestellte, die höhere Bezüge haben, als ihrer Rangklasse zukommt. Was die 35jährige Dienstzeit betrifft, die als 40jährige eingerechnet werden soll, erklärte die Regierung, daß den Angestellten, welche volle 35 Jahre in der Republik dienen werden und die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses oder wegen unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit pensioniert werden, von der provisorischen Dienstzeit fünf Jahre in die Pension eingerechnet werden, so daß sie dadurch die volle Pension erwerben. Die Systemisierung werden die einzelnen Ressortminister beantragen, die Durchführung obliegt der Gesamtregierung. Es wird aus diesem Grunde notwendig sein, eine Uebergangsperiode festzusetzen. Falls ein Angestellter nicht einen systemisierten Posten erreichen sollte, wird er nach 15jähriger Dienstzeit unfähig sein. Die Systemisierung erfolgt auf Grund des tatsächlichen Bedarfs unter Kontrolle des Parlamentes bei der Aufstellung des Staatsvoranschlages.

„Der Aufwand für die Teuerungszulage, welche auf Grund des durch das Gesetz vom 10. Juni 1922, Zl. 224, Slg. d. Ges., festgestellten Ausmaßes berechnet wurde, wurde entsprechend der Herabsetzung im Voranschlage pro 1925 um ein Drittel unter der Voraussetzung herabgesetzt, daß das Ausmaß der Teuerungszulage herabgesetzt wird.“

Also bei den Offizieren ständia eigenmächtige Erhöhung des Einkommens. Bei der Mannschafte ständige Herabsetzung des Betriels, den sie bekommen, um sich alle jene Verbrauchsgespensände anzuschaffen, die Soldaten haben müssen. Die ihnen von der Militärverwaltung zwar nicht gegeben, von ihnen aber verlangt werden. Die Öffentlichkeit weiß nunmehr, wie die Staatsangestelltenvorlage nicht nur zum Vorpann für die Erhöhung der Löhne der Wehrpflichtigen, sondern auch zur Erhöhung der Offiziersgagen zu mißbraucht werden soll. So wie die Erhöhung der Kongrua aus der Staatsangestelltenvorlage heraus mußten, so verlangen wir auch die Entföhrung aller auf die Offiziersgagen bezughabenden Paragraphen aus dem Staatsangestelltenvertrage. Tut man dies, dann wird auch die Bedeutung für die Staatsangestelltenvorlage leicht gefunden werden.

# Verlorene Dörfer, verlassene Menschen..

## Bilder aus dem ärmsten Böhmerwald

(Schluß.)

### Der graue Felm.

Ein Lebensbild nach dem anderen rollt vorüber. Da ist eine Familie Vogel in Paadorf, die Frau blind, die Kinder krank. Ein in die Versammlung mitgebrachter 18jähriger Junge sieht wie vierzehnjährig aus. Einer der Nachbarn hat wieder zehn Kinder, wovon er deren acht und die Frau mit Besenbinden ernähren muß. Einem Baptisten Vogel, der eine Familie von neun Köpfen fortzubringen hat, ist der älteste Sohn gefallen. Er bekommt keine Vorsahrerente, weil er einige Strich teils unkultivierten, teils unfruchtbarsten Heidebodens besitzt. Einige ganz Arme fehlen in der Versammlung in Unterhütten. Warum? Weil sie sich schämen, in ihren zerlumpten Kleidern unter die Leute zu gehen. Obwohl die Versammlung in Unterhütten die ganze geräumige Wirtsstube füllt, wird fast nichts konsumiert. Einige Vertrauensmänner, die meinen, vorn beim Referententisch doch Bier trinken zu müssen, flüstern dem Wirt einige Worte ins Ohr. Er soll die Zeche aufschreiben, bis zum Sommer. Mehrere Familien mußten schon vor Weihnachten auf den Verdienst des nächsten Sommers Schulden machen. Wenn aber wieder keine Arbeit zu finden ist? Was dann?

### Eine verspätete Weihnachtsgeschichte.

Folgendes wurde nach der Versammlung erzählt:

Josef B. aus Paadorf, Vater von drei kleinen Kindern, hatte gerade vor den Weihnachtstagen mit der Familie schon mehrere Tage nicht zum Leben. Mit der Hoffnung, etwas vom Großgrundbesitzer Coudeuhove-Ronsperg zu bekommen, machte er sich auf den Weg. Als er in Ronsperg erfuhr, daß der Großgrundbesitzer nicht zu Hause sei, bat er um ein Nachtlager bei dem Wirt Reudecker. Der Wirt erbarmte sich seiner, weil er sah, daß der Mann den Weg nicht mehr zu seiner Familie zurücklegen könne und wies ihm ein Zimmer an. Nach kurzer Zeit hörte man aus dem Zimmer ein Röcheln und als man die Tür sprengte, fand man B. hinter der Tür an seinem Halsstuch aufgehängt. Durch rasches Zugreifen konnte er wieder zum Leben zurückgerufen werden.

### Waier.

Raum ist das trostlose Nachgefühl dieses Erlebnis niedergetämpft, stehen wir schon wieder mitten drin im tiefsten menschlichen Jammer. Es ist etwas von der unbefristeten letzten Hoffnung der Schiffbrüchigen, die sie an den fremden Menschen herantreibt, der ihre Schicksal: auf dem Papier nachskizziert. „Bitt schön, Herr Referent den braven Leuten fällt es so schwer, zu einem Unbekannten „Genosse“ zu sagen, mich müssen auch noch aufschreiben, ich hab' sechs Kinder daheim und die Frau ist wieder in der Hoffnung“. Das war der Johann Knebl aus Althütten. Der Franz Schilling aus Rindl der sieben Kinder von 7 Monaten bis zu 12 Jahren hat, und mit ihnen nur von Kartoffeln leben muß, ist auch nicht zu beneiden. Einer aus Waier ist schwer lungenkrank, hat eine ebenfalls kranke Frau, drei schulpflichtige Kinder. Dem Doktor ist er 400 Kronen schuldig. Der 65jährige Baptiste Siebl aus Neubau hat schon seit sechs Jahren eine kranke Frau daheim liegen und ist ohne jeden Unterhalt. Der Hohl Georg von Schwabenbrüdl hat fünf Kinder, davon zwei in der Lehre, zwei in der Schule, dabei kein Brot, „gar nichts. Heute war mir's lieber, wenn ich tot wäre.“

Der Einwohner Anton Salgerth aus Waier hat fünf Kinder die Frau ist noch mit dem kleinsten im Wochenbett. Er verdient mit dem Klöppeln täglich drei Kronen. Drei der Kinder sind taubstumm — angeblich von der Unterernährung. Mit dem vielen Nachwuchs hat es halt sein liebes Kreuz. Ueberall Kinderlegen — am unrichtigen Ort. So ist es auch bei dem Georg Briz in Reid. Drei Kinder, das vierte ist auf dem Weg, kein Verdienst, kein Brot, keine Kartoffel. Das Häuschen jeden Tag zum einsinken. Vorige Woche hat er die Ziege verkauft um 100 Kr., um was zum Leben zu haben. Woher das Geld für die Entbindung nehmen? Wenn das Kindlein wüßte, was es im Leben erwartet —

Wir müssen aufbrechen. Im Dorfe läuft uns ein Einwohner nach: „Bitt schön, der Herr muß mich noch aufschreiben, ich habe vier Kinder und eine kranke Frau.“ Er ruht nicht eher bis wir seine schmale Kammer betreten und dort seinen Namen notieren.

### Blöb-Wenzelsdorf.

Die Nacht bricht schon herein, doch in zwei Versammlungen harren noch hilfbedürftige Menschen. Stundenlang wandern wir schweigend eine befeuerte Waldstraße bergauf. Genosse Kreuzl, dessen selbstloser Teilnahme an dem Streik wir die verschiedenen Ausnahmen verdanken, schleppte schwer an seinen photographischen Apparaten.

Endlich sind wir auf der Höhe. Fast wären wir am Ziel vorbeigewandert. Der Lichtschimmer der Hütten führt uns aus dem Waldesdunkel heraus. Man staunt, in solcher Einsamkeit, in einer Seehöhe von 850 Metern noch dichtbevölkerte Ortschaften anzutreffen. Was zog die Menschen herauf? Was hält sie auf diesem unwirtlichen Hochplateau fest? In dem rauhen Klima gedeihen nur mehr Hafer und Kartoffel, Saat und Ernte fallen um acht Wochen später als in der Ebene. Wie in der Versammlung der Gemeindevorsteher — ein sozial denkender Bürgerlicher, der mit der Arbeiterschaft das beste Einvernehmen pflegt — mitteilte, waren zur Kriegszeit unter den 1100 Einwohnern 900 Nichtselbstversorger. Von hier gingen die Leute meistens nach Salsen in Arbeit. Im Vorjahre wurden dort



Inleute und Arbeitslose aus Vollmau und Umgebung.

hin aber meistens nur qualifizierte Arbeitskräfte zugelassen. So mußten viele daheim bleiben, gingen einige Wochen in die Pappensplüße oder in die Erntearbeit. Dergestalt vegetieren sie vom Klöppeln oder von der Besenbinderei unter ähnlichen Umständen. Wie ihre Leidensgenossen in den Nachbardörfern. Vom Vorsteher wird erzählt, daß er viel Besuch habe. Im Laufe des Tages kommen oftmals Arbeitslose mit Weib und Kindern angetrudelt: „Vorsteher, da habts uns, wir haben nichts mehr zu essen“. Was soll er ansagen? Solange es geht, wird eben für die Wälschlar mitgelockt. Doch er allein kann auch nicht allen helfen.

### Nach Eisendorf.

Spät war es schon geworden, bis wir den Marsch zum letzten Versammlungsort antraten. Nochmals zwei Stunden hieß es über abschüssige Waldsteige und vom Tauwetter durchgeweichte Wege marschieren. Ein Vertrauensmann aus Blöb war unser Begleiter. In der tiefsten Finsternis war sein Schritt so leicht und sicher wie auf dem Tangboden. Wenn eine gar zu gefährliche Stelle kam, nahm er den befristeten Amateurphotographen unter dem Arm und führte ihn sorgsam darüber hinweg. Nirgends fühlt sich der Wälscher sicherer als im nächtlichen Walde. Es fehlte nicht mehr viel auf Mitternacht, als wir Eisendorf erreichten. Doch die Mehrzahl der Genossen hatte wartend ausgeharrt. Die Versammlung mußte jedoch Genosse Breitfelder fast allein bestreiten. Nun Stunden winterlicher Waldwanderung über Berg und Tal, vier Versammlungen und dazu die überwältigende Macht geistlicher Eindrücke — das war ein etwas zu reichlicher Arbeitstag. Auch in Eisendorf, und den Nachbarorten herrscht schwere Arbeitslosigkeit, die Beschäftigung im Walde ist nur gering das geschlagene Langholz aus dem ungeheuren Waldkomplex wandert auf zerfundenen Straßen nach Bayern hinaus. Die im Gebiet von Eisendorf und Schmolau eingebürgerte Weihnäher geht noch halbwegs. Da vor Müdigkeit ohnehin an ein Einschlafen nicht zu denken war, ging die Zeit bis 2 Uhr früh im Kreise der Vertrauensmänner beim Erzählen und Anhören schauerlicher Wilderer- und Schmugglergeschichten cash vorbei, die hier an der Grenze nicht erdichtet, sondern — erlebt werden.

### Der Inmann — ein moderner Sklave.

Der Bericht führt wieder an den Ausgangspunkt der Wanderung zurück. Es verlornt sich, noch einiges von den sogenannten Inmännern zu erzählen, die wir im Gebiet von Vollmau — fichtentbach angetroffen hatten. In diesem Bereich hat sich ein Stück mittelalterlicher Leibeigenschaft bis auf die heutigen Tage erhalten. Wer ist der Inmann? Der Hausknecht

auf einem Bauernhofe. Einstmals mag sein Verhältnis zum Bauern ein rein naturalwirtschaftliches gewesen sein. Er bekam vom Bauern die Wohnung Futter für eine Kuh, ein Feld für Frau und Kartoffel und dafür mußte er das ganze Jahr dem Hofherren zu Diensten stehen. Zur Zeit, da im Haushalt fast jeder Bedarfsgegenstand, von der Leinwand bis zum Schuhwerk, selbst erzeugt wurde, mochte er ohne nennenswerte Varentlohnung noch auskommen. Das ist heute anders. Der Bauer hat sich der Geldwirtschaft angepaßt, der Inmann soll aber noch wie vor Jahrhunderten ohne Geld auskommen. Der Bauer verlangt für die Wohnung eines Inmannes einen Jahreszins von durchschnittlich 40 Kronen, er berechnet sich das Kuhfutter und die überlassenen Lebensmittel nach dem Höchstpreis des neuesten Börsenberichtes. Und der Inmann? Der bekommt an den Arbeitstagen die Kost und dazu eine n Barlohn von 40 Hellern bis drei Kronen. An den Tagen, wo ihn der Bauer nicht ruft, hat er überhaupt nichts zu fordern. Da

Es mag schon sein, daß die „Christliche“ Bäuerin den Inleuten hier und da einen Topf abgeschöpfter Milch schenkt oder in der schrecklichen Winterzeit ihnen einige Kartoffeln überläßt, anders wäre ja das Rätsel der Existenz dieser Menschen nicht zu ergründen. Tatsache ist aber, daß infolge solcher ganz und gar einseitig diktiert Arbeitsverhältnisse unter einem Dache die himmelschreiendsten sozialen Gegensätze wohnen. Tatsache ist, daß die Inleute über den Winter buchstäblich hungern, Tatsache ist ferner, daß die Kinder dieser Familien schwer unterernährt sind. Das ist das vielgerühmte „patriarchalische Verhältnis“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, das ist die gepriesene „Dorfgemeinschaft“ unserer Landbändler!

Die Verhältnisse dieser Inleute sind derart aufreizend und so unglaublich schlecht, daß man fast in den Verdacht der demagogischen Uebertreibung kommen könnte durch einen Bericht, der entweder durch persönlichen Augenmerk gewonnen oder unter der Zeugenschaft einer ganzen Versammlung entgegengenommen wurde. Es wäre sehr angebracht, wenn die Behörden dieser unerhörten Ausbeutung, die mit einer exzessiven Ausnützung der ländlichen Wohnungsnot verknüpft ist, ein näheres Augenmerk zuwenden würden. Auch der Bund der Landwirte hätte alle Ursache, auf seine dortigen Mitglieder einzuwirken, damit dieses Kapitel ländlicher Arbeiterschaft ausgeklärt wird, bevor mege davon in die Öffentlichkeit kommt.

### Damit ist dieser Bericht zu Ende.

Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die ungeheure Not dieser verlassenen Menschen im ärmsten Böhmerwaldgebiete ins letzte Detail zu erforschen und zu beschreiben, wäre die Aufgabe nicht von Tagen, sondern von Wochen und Monaten. Aber es kommt nicht auf die letzten Einzelheiten an. Entscheidend ist, daß die Stunde von dem erschütternden Notstand tausender braver Arbeitsmenschen so rasch als möglich in die Öffentlichkeit bringt, damit keine kostbare Stunde bei der dringendst gebotenen Hilfeleistung veräußert werde. Darum habe ich zumieist die Tatsachen selbst sprechen lassen und diese Tatsachen schreiben nach sofortiger, ausreichender, freigelegter Hilfe. Mögen die maßgebenden Faktoren diesem Ruf noch rechtzeitig Gehör schenken!

Soweit sich aus den vorstehenden Schilderungen noch einzelne Folgerungen sozialer und wirtschaftlicher Natur ergeben, sollen sie in einem besonderen Aufsatz gezogen werden. W. J.

### Bulgarische Gemeindevahlen.

#### Der Ministerpräsident „zufrieden“.

Sofia, 15. Feber. (Bul. Ag.) Nach dem Ergebnisse der gestrigen Gemeindevahlen erhielt die Regierungspartei von den 60 Seiten 33 Mandate. Die übrigen Mandate fallen den Oppositionsparteien zu. Von den 60 Mandaten in Sofia und in den Provinzstädten abgegebenen Stimmen wurden für die Kandidatenlisten der Regierungspartei ungefähr 48 Prozent abgegeben.

Ministerpräsident Djaptschew erklärte in einem Interview, daß er mit dem Ergebnisse der Wahlen zufrieden sei und betonte, daß der Wähler im ganzen Lande in vollkommener Ruhe verlaufen ist. Djaptschew fügte hinzu, daß die Regierungspartei fünf Sechstel der Gemeindevahlen erlangt hat.

### Rundfunk für Alle!

#### Programm für heute, den 16. d. M.

Brag, 17: Konzert; 18.15: Deutsche Sendung, Prof. Ing. Dr. Bief: Der Suezkanal; 20.02: „Faust und Margarete“ (Aus dem Nationaltheater). — Brünn, 19: Konzert; 20.10: Hörspielstunde. — London, 22.05: „Carmen“ (3. Akt). — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20: Kornwalunterhaltung. — Stuttgart, 20: Schessfeier. — Leipzig, 20.15: Ein Faschingspiel von Karl Münch. — Breslau, 23: Faschingsballmusik. — München, 19.30: Bunter Abend. — Frankfurt, 20.15: „Die Faschingsfee“. — Wien, 21.15: Populäres Orchesterkonzert. — Zürich, 20.30: Mus. Einakterzyklus.

#### Programm für morgen, den 17. d. M.

Brag, 17: Konzert; 18.30: Deutsche Arbeiter-sendung, Redakteur Genosse Jaffa: Soziale Bilder aus dem Böhmerwald; 20.02: Orchesterkonzert. — Brünn, 19: Konzert; 20.10: Aus Verdis „Aida“. — London, 22: Symphoniekonzert. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin 20.30: Kammermusik. — Stuttgart, 20: Die schönsten Lustspiele der Weltliteratur. — Leipzig, 20.15: Groener-Abend. — Breslau, 20.15: „Pera Violetta“. — Frankfurt, 21.15: „Gend und Jann Elster“. — Wien, 20: Konzertalademie. — Zürich, 20.15: Vortragabend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 308, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 506 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 118, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

„Wennes dir nicht paßt, bau dir eine Villa, dann hast eine Freihawa“ (Freiherberge).

Ein anderer Fall: Der Mann bekommt 3 K Barlohn täglich, die Frau 2 K. Je 70 Tage wurden beide über den Sommer beschäftigt, das macht einen Gesamtverdienst von

dreihundertfünfzig Kronen jährlich

für zwei Personen. Davon sind 48 Kronen Zins zu zahlen.

Noch ein Fall: Mann und Frau bekommen täglich je eine Krone, das Kuhfutter muß auf dem Rücken aus dem Wald geholt werden. Eine Wiese für Winterheu kostet jährlich 85 Kronen, gleich 85 Arbeitstage Pacht. Zins 45 Kronen jährlich.

Ein Inmann aus Brennet bekommt täglich 2 K, die Frau 1 K. Hauszins 40 K. Ueber den Sommer haben beide 160 Kronen verdient, der Bauer rechnete für Kuhfutter allein 150 K. Ueberschuß von einem Arbeitsjahr 10 K, zum Zins fehlen noch 30 K.

Wie die Menschen ihre primitivsten Bedürfnisse dabei befriedigen können, ist ein unerforschtes Rätsel. Ein Inmann erzählte, daß seine Frau schon seit Wochen krank sei. „Im Magen hat sie“, aber er kann keinen Doktor holen, weil er selbstverständlich auch nicht bei der Krankenkasse angemeldet ist.

Natürlich rechnen sich die Inleute zu den Arbeitslosen und drängen sich zu den Notstandsarbeiten, um einige Kronen zu verdienen. Aber der Bauer hat „seinen“ Inmann ganz in der Hand. Wenn er abends „auf ihn schreit“:

„Ich brauch dich morgen!“,

dann muß der Inmann die andere Arbeit stehen lassen und dem Bauer folgen. Gewöhnlich schreibt der Bauer, wenn der Inmann einige Tage Nebenbeschäftigung gefunden hat.

„Der meine (Bauer) macht's positiv (absichtlich)“

klagte ein Inmann. „Wenn ich Arbeit hab, schreit er auf mich: wenn ich dann daheim bin, schreit er den ganzen Winter nicht. Also die schönste Sklaverei. Ja noch mehr: der antike Sklave mußte arbeiten und wurde dafür wenigstens ernährt. Diese Sklaven eines mitleidlosen Bauernproletums müssen aber auf Befehl verhungern.“

# Tagesneuigkeiten.

## Heinrich Stumvoll gestorben.

Unsere südmährischen Organisationen haben einen schweren Verlust erlitten. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist Genosse Heinrich Stumvoll, Sekretär der Bezirkskrankenkasse in Nikolsburg gestorben. Die Nachricht wirkt bestürzend, denn Genosse Stumvoll stand in verhältnismäßig jungen Jahren und die meisten Genossen, die ihn kannten, werden ihn als einen kerngesunden Menschen angesehen haben. Der Partei gehörte Stumvoll wohl erst seit dem Kriege an, aber er hat ihr in der ganzen Zeit mit einer seltenen Treue und Hingabe sich betätigt, so daß er von den Genossen, die ihn als einen lauten und stets opferbereiten Menschen werteten, zu wichtigen Vertrauensstellen berufen wurde. Er war früher Beamter der Nikolsburger Sparkasse, trat nach dem Umsturz in die Partei ein und beteiligte sich von nun an in hervorragender Weise auf allen Parteigebieten. Seine Kenntnisse und seine unermüdete Tätigkeit bewirkten, daß er bei den ersten Gemeindevahlen in Nikolsburg für die Gemeindevertretung kandidiert und zum Vizebürgermeister gewählt wurde, in welcher Eigenschaft er der sozialdemokratischen Bewegung in Nikolsburg große Dienste geleistet hat. Für die Nikolsburger Organisation bedeutet der Tod des Gen. Stumvoll einen schweren Schlag, denn Stumvoll war nicht nur der Hauptvertrauensmann von Nikolsburg, sondern auch die Seele der Partei in dem dortigen Gebiete. Sein unerwarteter Tod trat infolge einer im Kriege erlittenen Verletzung ein. Stumvoll war im Felde liquidierender Rechnungsführer und erhielt damals eine Bauchschußwunde, von deren Folgen er niemals vollständig genes. Im Dezember des Vorjahres traten Komplikationen ein, so daß Stumvoll am 31. Jänner nach Wien zur Operation gebracht werden mußte. In Wien ist er, wie schon erwähnt, in der Nacht vom Sonntag auf Montag als ein nachträgliches Opfer des Krieges gestorben. Mit den Nikolsburger und südmährischen Genossen trauern alle Genossen, die Stumvoll kannten, um den braven Menschen. Die Partei wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

## Die diesjährige ordentliche Vollversammlung des Arbeiter-Abstinenzbundes in der tschechoslowakischen Republik

wurde am Sonntag im Sitzungssaal des Metallarbeiterverbandes in Komotau abgehalten und war nicht nur von Vertretern fast sämtlicher Ortsgruppen und Zahlstellen, sondern auch von zahlreichen sonstigen Mitgliedern — meist Jugendlichen — besucht. Sie wurde mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ eröffnet. Sodann begrüßte der Obmann Genosse Dr. Holitscher die Versammlung und die erschienenen Gäste. Vom reichsdeutschen Arbeiter-Abstinenzbund war ein Begrüßungsschreiben eingelangt.

In der Erwidderung der Begrüßung sprach Gen. Kaufmann über die Erfolge, die die Abstinenzbewegung seit einigen Jahren bei den Arbeitern der Schwerindustrie aufzuweisen hat. Er wies auf die Notwendigkeit einer Spezialgruppe für die Alkoholbekämpfung in der Arbeiterbewegung hin, ein Jugendlicher erklärte die Abstinenz als eines der Hauptmittel gegen die Verpöcherung der Arbeiterbewegung. Gen. Kaufmann erstattete sodann den Tätigkeitsbericht. Er sprach über die rege Vortragstätigkeit, über die Ausstellung im „Hause der Arbeit“ in Aussig, über die Lichtbilderreihen des Bundes, den Schriftenvertrieb, die Eingaben an Behörden zur Zeit der Affentierungen, den Ausschank von Rauschgetränken zu verbieten. Der Bund zählt 35 Ortsgruppen und Zahlstellen und an 1000 Mitglieder, die Entschlackungsbewegung dringt langsam, aber stetig vor. Sie hat die Arbeiter-Turn- und Sportverbände und die Jugendlichen erfasst, in Parteischulen und in der sozialistischen Presse beschäftigt man sich mit ihr. Seit Ende 1925 gibt der Bund den „Wort“ heraus. „Es geht gut und es wird noch besser gehen.“ Gen. Schneider erstattete den Kassabericht, aus dem hervorgeht, daß der Bund in den zwei letzten Jahren an 24.000 Kč für die Bekämpfung des Alkoholismus ausgegeben hat. Stadtpflicht Dr. Gruschka (Aussig) sprach über die wirtschaftliche Bedeutung der Rauschgetränke. Er wies nach, daß die Erzeugung der Rauschgetränke eine ungeheure Verschwendung bedeutet; Nahrungsmittel werden vergeudet, Krankheit und Verbrechen erzeugt, den Bestrebungen, die wirkliches Menschenglück erzeugen können, werden die Mittel entzogen. Lächerlich gering ist dagegen das Aktivkonto der Rauschgetränke in der Volkswirtschaft. Gen. Holitscher sprach über das Gemeindebestimmungsrecht. Noch sind die sittlichen Voraussetzungen für ein Alkoholverbot nicht gegeben, aber die Bevölkerung einer jeden Gemeinde soll entscheiden, wie viele Wirtschaftshäuser sie haben will — nicht die Behörden, die in dieser Beziehung verfaßt haben.

Nachdem noch die Beziehungen des Bundes zur sozialdemokratischen Partei, die Notwendigkeit der Errichtung einer Abteilung für Erforschung und Bekämpfung des Alkoholismus beim Reichsgesundheitsamt, die Notwendigkeit der Beschaffung größerer Geldmittel u. a. Bundesangelegenheiten besprochen worden waren, wurde die Versammlung nach dreistündiger Dauer geschlossen. Im Anschlusse an die Versammlung fand die Eröffnung der vom Stadtbildungsausschusse veranstalteten Antialkohol-Ausstellung des Arbeiter-Abstinenzbundes im städtischen Sitzungssaal statt. Gen. Kaufmann eröffnete die Ausstellung und begrüßte den erschie-

# Uebelstes Demagogentum.

## Kommunistische Politik für die ganz Dummen.

Die kommunistische Presse („Rude Právo“ sowie „Vorwärts“) berichteten vor einigen Tagen über einen eigenen kommunistischen Antrag zur Regelung der Staatsbeamtengehälter. In dieser Meldung der kommunistischen Blätter hieß es zur Charakterisierung dieses Antrags (auf den „näher einzugehen“ der „Vorwärts“ zwar versprach, bisher aber noch nicht der Mühe wert fand):

„Durch diesen Antrag werden alle Einwände der Sozialdemokraten widerlegt, daß die kommunistische Partei ihr Vorgehen auf eine bloße negative Kritik beschränkt. Die kommunistische Partei zeigt hier klar den Weg zur Lösung einer der brennendsten Fragen der Gegenwart. Sie ist sich bewußt, daß sie allein diesen Antrag nicht durchsetzen kann. Wenn aber heute die Sozialdemokraten eine Rundgebung für die Verbesserung des Gehaltensystems veröffentlichen, reichen wir ihnen die Hand und geben ihnen Gelegenheit, sich unserem Antrag anzuschließen, damit sie gemeinsam mit uns für die Regelung der Existenz von Zehntausenden der niedrigsten Angestellten kämpfen.“

Schon diese Aufmachung ist schenkwert. Triumph der positiven Arbeit des kommunistischen Klubs: sie haben einen — Antrag eingebracht! Als ob man zu solcher „Lösung“ brennendster Fragen mehr als ein paar Blatt Papier brauchte! Immerhin aber gibt solche Bombastik zu denken, denn man dürfte doch vermuten, daß die Kommunisten, wenn sie schon so über eine ihrer Aktionen in der Schwabunde und Dreckerarbeitersmaschine schreiben, wenn schon nicht den Stein der Weisen, so doch wenigstens ein Steinchen auf ihrem erlösenden Weg gefunden hätten. Nun, wie Abg. Stivin im „Právo Lidu“ mitteilt, wäre laut Mitteilung eines kommunistischen Abgeordneten zur Regelung der Staatsbeamtengehälter nach diesem kommunistischen Rezept nur das kleine Summchen von 1800 Millionen Tschechoslowakische Kronen notwendig. Dies bedeutete eine Erhöhung der Steuer um 100 Kronen pro Kopf oder beispielsweise eine Erhöhung des Zuckerpfeises von 4 Kč 20 h auf etwa 10 Kronen. Damit soll aber nicht etwa gesagt sein, daß die Kommunisten diese oder eine andere Bedeckung

der Erfordernisse ihres Antrags vorschlagen. Darüber zerbrechen sie sich bei der Lösung brennender Fragen überhaupt nicht den Kopf, sondern sie lösen soziale Probleme so, daß sie etwa, wie aus ihrem Entwurf hervorgeht, für einen Staatsangestellten mit zweifachiger Volksschulbildung und ohne jede besondere Qualifikation, wenn er fünf Kinder hat, 37.600 Kronen Jahresgehalt festsetzen. Wie das bezahlt werden soll, ob nur die geringste Aussicht besteht, einen solchen Antrag durchzusetzen — das macht ihnen kein Bescherer. Wer da nicht mittut, ist ein Sozialverräter. Natürlich allein können sie das in der Tschechoslowakei nicht durchsetzen; hier brauchen sie die sozialdemokratische „Hand“ dazu. Allein machen sie es in Russland. Dort hat nämlich, wie Stivin aus der kommunistischen „Robnost“, und zwar aus dem Bericht eines russischen Kommunisten erfahren, der niedrigste Staatsangestellte 35 Rubel, das sind 595 Kronen, doch in Russland kaum von der halben Kaufkraft! In der Tschechoslowakei aber fordern sie für denselben Mann, wie Stivin errechnet, 2833 Kronen.

Wir hoffen, nicht mißverstanden zu werden. Für uns ist Russland auch in dieser Hinsicht nicht beispielgebend und wir wären schlechte Arbeitervertreter, wenn wir uns damit zufrieden gäben, daß es den tschechoslowakischen Arbeitern und Angestellten in privaten oder Staatsdiensten so „gut“ geht oder gehen soll wie im Sowjetparadies. Aber es ist doch als ein Zeichen übelster Demagogie zu vermerken, wenn die Kommunisten Entwürfe vorlegen, deren Inhalt auch im leidenschaftlichsten, gemeinsamen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf aller Arbeiterparteien bei den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen nicht im Entferntesten zu verwirklichen wäre. Dies zu wissen, dennoch aber zu einem so unwirksamen und nur für die Dummköpfe bestimmten „Mittel“ zu greifen, ist gewisslos und gar nicht harmlos Demagogie deshalb, weil sie den Scheinparlamentarismus auf der rechten Seite durch den Anreiz und das Komödientum auf dieser linken Seite im allgemeinen fördert. Und zu solchen Zwecken können und werden wir die natürlich freundschaftlich dargebotene kommunistische Hand niemals ergreifen.

nen Bürgermeister Dr. Storch und die übrigen Vertreter der Behörden und Vereine. Stadtbibliothekar Stamin sprach über das Fortschreiten der Abstinenzbewegung, die endlich doch siegen werde — wie in den Vereinigten Staaten. Sodann begann Gen. Dr. Holitscher die erste Führung durch die Ausstellung, die in zahlreichen Tabellen die gesundheitliche, volkswirtschaftliche und soziale Schädigung des Volkes durch die Rauschgetränke zeigt. Besonders interessant ist eine Arbeiterbibliothek mit einer Uebersicht, die lehrt, daß man sich den Betrag zu ihrer Erwerbung durch Verzicht auf einen halben Liter Bier und fünf Zigaretten täglich in einem Jahre ersparen kann.

Der Besuch der Ausstellung ist ein äußerst reger, namentlich aus den Kreisen des arbeitenden Volkes. Möge sie ihren Zweck erfüllen und recht viele arbeitende Menschen von den Fesseln befreien, die sie hemmen, im Klassenkampf ihren Mann zu stellen.

## Die Mordtat in Aussig-Schönpriesen. Geständnis des Mörders. — Die Verurteilung der Opfer.

Josef Horejsi hat am Freitag nachts vor dem Untersuchungsrichter des Kreisgerichtes in Leitmeritz ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gab an, seit Ostern des Vorjahres ohne länderliche Arbeit gewesen zu sein, so daß er auf die Hilfe seiner Eltern angewiesen war. In seiner Notlage schloß er den Plan, sich auf irgend eine Weise Geld zu verschaffen. Schließlich reiste in ihm der Entschluß, in die im selben Hause gelegene Wohnung des Zuckersabrikarbeiters Franz Budstyn einzubrechen und die dort vermuteten Geldbeutrage zu rauben. Die Verhältnisse der Familie Budstyn seien ihm gut bekannt gewesen und er habe auch gewünscht, daß die Eltern während der Nacht in der Zuckersabrik bei der Arbeit sind und erst in den Morgenstunden nach Hause kommen. Am Mittwoch, den 10. d. M., fahle er den feilen Plan zur Ausführung der Tat. Er verließ die Wohnung seiner Eltern, ging nach Aussig, suchte dort um 9 Uhr abends ein Kino. Nach Schluß der Vorstellung schloß er sich in das Haus ein und versteckte sich im ersten Stock in der Nähe der Wohnung Budstyns zwischen zwei großen Kästen. Dort fand er auch eine Hade, welche er zu sich nahm. Nachdem er das Fenster, welches aus der Küche auf das Stiegenhaus mündet, ausgehoben hatte, stieg er in die Wohnung. Zuerst kam er zum Bett der ältesten Tochter Budstyns, Frieda, und verfehle ihr, als sie wach wurde, drei Schläge mit der Hade auf den Kopf. Nach seiner Meinung war Frieda sofort tot. Durch den Lärm wurde die zweite Tochter, die im selben Zimmer schlief, wach und rief ihm zu: „Fordo, ich sag es dem Vater!“ Auch ihr verfehle er mit der Hade einen Hieb auf den Kopf. Bei dem zweiten Schlag fiel sie aus dem Bett und brach bewußtlos zusammen. Auch die jüngste Tochter, Beatrix, war mittlerweile aufgewacht, sah den Mörder und zog aus Angst die Bettdecke über den Kopf. Er stürzte auch auf sie, riß ihr das Bettuch weg und schlug sie mit einigen Hieben nieder. Dann durchsuchte er sämtliche Kästen und einen Koffer, in dem er ein

Einlegebuch auf 2100 Kronen und eine Nadeluhr fand. Eine zweite Uhr fand er im Schubfach des Tisches. Während des Herumsuchens erwachten die beiden Schwestern Marie und Beatrix aus ihrer Unwohlsehaft und begannen zu jammern. Hierauf ergriff er das auf dem Tisch liegende Küchenmesser und stach damit die Marie in den Rücken und die Beatrix in die Brust. Die beiden Mädchen sanken hierauf wie tot hin. Dann zündete er die Strohsäcke der Betten an und entfernte sich mit den gerabten Sachen und der Hade durch dasselbe Fenster, durch das er eingestiegen war. Längs der Elbe ging er nach Aussig und warf die Hade und die geraubten Sachen in den Fluß. Dann marschierte er über Lobositz nach Kralup, wo er im Freien übernachtete, und kam am nächsten Tag gegen 9 Uhr in Prag an. Dort las er bereits seinen Namen in den Zeitungen, was ihn bezog, sich der Polizei zu stellen. Horejsi gab an, in der Wohnung seiner Eltern einen Brief hinterlassen zu haben, worin er mitteilt, daß er in die Fremde gehe, um Arbeit zu suchen, und wahrscheinlich Freitag oder Samstag wieder heimkehren werde. Aus Prag hat er seinem Vater ebenfalls eine Karte geschrieben mit der Mitteilung, daß er keine Arbeit finde und bald wieder zu Hause sein werde. Die Kleider des Mörders waren bei der Verhaftung noch mit Blut bespritzt. — Gestern nachmittag war in der Stadt das Gerücht verbreitet, daß die noch im Krankenhaus liegende schwer verwundete Tochter Marie bei vollem Bewußtsein ausgelegt habe, es hätte sich auch die Mutter des Horejsi bei der Mordtat beteiligt und es sei bereits die polizeiliche Verhaftung derselben erfolgt. Diese Nachricht wurde aber von der Polizei nicht bestätigt.

Auf dem Schönpriesener Friedhof fand gestern unter großer Teilnahme die Beerdigung der beiden ermordeten Schwestern Frieda und Beatrix statt. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 5—6000 geschätzt, darunter nicht weniger als 1000 Schulkinder. Der Schönpriesener Sokol war mit Musik ausgerückt. Die Gesangsvereine von Lobositz und Leitmeritz beteiligten sich korporativ am Begräbnis. Am Grabe sprachen Dr. Rubista und eine Witzhüßlerin der ermordeten Beatrix Budstyn. Auch der Vater des Horejsi hat sich am Leichenbegängnis beteiligt, mußte sich aber infolge Unwohlseins vom Grabe entfernen. Der Zustand der noch im Krankenhaus befindlichen Marie ist noch immer ernst.

Die Auswirkung der Sprachenverordnung in Eger, die bekanntlich eine Zahnlegung der Gemeindeverwaltung zur Folge hat, zeitigte jetzt einen scharfen Protest der Egerer Rechtsanwälte gegen die Sprachenverordnung; an einheitlichen Stellungnahme der Rechtsanwälte des Egerer Kreisgerichtsbezirks wurde eine Versammlung der Rechtsanwälte für den 21. Feber einberufen. Gleichzeitig haben alle Egerer Rechtsanwälte erklärt, die Vertretung von Parteien in Sprachenangelegenheiten unentgeltlich zu übernehmen, um auch den mittellosen Kreisen der deutschen Bevölkerung die Verfolgung ihrer Sprachenrechte bei allen Behörden möglich zu machen. **Politik und Salzfuhr.** Eine Firma in Tiaeb in Karpatenrußland hat um die Bewilligung zur Einfuhr von 500 Waggons rumanianischen Salzes in die tschechoslowa-

kische Republik ersucht. Der Vorfall ist nicht nur deswegen charakteristisch, weil es in der Tschechoslowakei ein Salzbergwerk gibt, sondern deswegen, weil sich hohe Staatsangestellte und Politiker — wie die „Libove Roviny“ melden — für diese Firma aus politischen Gründen eingesetzt haben. Die Firma würde bei diesem Geschäft mehrere Millionen verdienen. Die Angelegenheit wird, wie verlautet, im Abgeordnetenhause zur Sprache gelangen.

Die Musikschule in Petschau vor dem Zusammenbruch. Bei einer am 12. Feber in Jalta abgehaltenen Versammlung aller Bezirksverwaltungscommissionen des Karlsbader Gebietes, die sich in erster Linie energisch gegen den Plan einer Reichsaffassung des Karlsbader Gaus wandte, schilderte Abg. Genosse de Witte die trostlose Lage der Petschauer Musikschule, die bei einem Aufwand von 190.000 Kronen nur 90.000 Kronen an Bedeckung hereinbekomme, so daß Gemeinde und Bezirksverwaltung Petschau Menschenunmögliches leisten müßten, um die Schule zu retten. Der Staat trägt an der katastrophalen Lage der Musikschule die Hauptlast, da er bei der Subventionierung bisher vollständig versagt. Während das alte Oesterreich jährlich 20.000 Goldkronen beisteuerte, gab der tschechoslowakische Staat anfangs 24.000 Kronen und gibt jetzt nurmehr die lächerliche Summe von 5000 Kronen. Die böhmische Landesverwaltung hat die Unterstützung (erst 5000 dann 3000 Kronen) vollständig eingestellt. Dafür gibt die Gemeinde Petschau jährlich 30.000 Kronen her. Von den zehn Lehrkräften der Anstalt wurden vier abgebaut. Nach einer eingehenden Debatte beschloß die Versammlung, daß alle Vertreter der Bezirke sich verpflichten, in ihren Körperschaften darauf hin zu wirken, daß ab 1. Jänner 1927 ein Betrag, der der Gesamtsumme der Staatssteuer des betreffenden Bezirkes entspricht, zur Erhaltung der beiden Musikschulen gegeben werden solle. Von diesem Betrage (also ein Umlegenprozent) sollen 75 Prozent der Musikschule Petschau und 25 Prozent der Musikschule Přebuz überwiehen werden. Auf diese Weise werden der Musikschule Petschau jährlich 100.000 Kronen, der Musikschule Přebuz jährlich annähernd 40.000 Kronen zufließen. Der Vorsitzende appellierte an die Vertretungen aller Bezirke, aber auch schon in heurigen Jahre der Petschauer Musikschule größere Spenden als bisher zuzuführen zu lassen. Im übrigen werde er einen Aufruf auch an die nicht zum Gaus Karlsbad gehörenden, aber die Kinder von Bezirksinsassen in diese Schulen entsendenden Bezirke ergreifen lassen, in dem auch diese Bezirksverwaltungen werden ersucht werden, diesen beiden Schulen tatkräftig beizustehen.

Die Sprachenfrage in Oberberg. Die Verwaltungscommission für Oberberg hatte vor einiger Zeit beschlossen, daß alle Gemeindeangestellten sich einer Prüfung aus der Staatsprache zu unterziehen hätten. An dem festgesetzten Tag erschienen zwar einige Beamte vor der Prüfungskommission, erklärten aber, daß sie die Prüfung mangels Kenntnis der tschechischen Sprache nicht ablegen können. Daraufhin wurde gegen diese Beamten das Disziplinarverfahren eröffnet und sie auf Grund des § 12 des Gesetzes über die Gemeindeangestellten aus dem Jahre 1919 pensioniert. Die schlesische Verwaltungskommission hat diesen Entscheid bestätigt. Die Beamten ergreifen nun den Rekurs an das Oberste Verwaltungsgericht und führen als Begründung an, daß für ihr Dienstverhältnis bei der Oberberger Gemeinde eine eigene Dienstpragmatik existiere und daß dieser Vorfall daher nicht nach dem besagten Gesetz Nr. 433 aus dem Jahre 1919 beurteilt werden könne. Das Oberste Verwaltungsgericht hat der Beschwerde der Beamten stattgegeben und den Entscheid der Oberberger Verwaltungskommission als ungekündet aufgehoben, weil die Beamten nach § 41 des wiederholt erwähnten Gesetzes für dieses Gesetz nicht optiert haben und infolgedessen auch nicht auf Grund der Bestimmung dieses Gesetzes pensioniert werden können. Das Disziplinarverfahren muß daher nochmals gemäß der Dienstpragmatik der Gemeinde Oberberg durchgeführt werden.

Das neue Russland. Das Gewerkschaftstheater in Moskau gibt seit einigen Wochen eine Art Drama aus der allerletzten Zeit, genannt „Sturm“, in dessen Verlauf 15 Bilder aus der Revolutionszeit von 1905 bis zur Gegenwart gezeigt werden. Diese merkwürdige revolutionäre Schaustellung wird im Zuschauerraum ergänzt durch eine Art „Revue“ der revolutionären russischen Aristokratie, in deren Mittelpunkt das allabendliche Auftreten des „Verammlungsleiters“ Leo Trotski steht. Sobald die Ankündigung durch den Saal hallt: „Genosse Braunstein hat das Wort!“, dann bröht das Theater unter einem Beifallssturm, der minutenlang das Theater zur politischen Bühne verwandelt. Im Publikum herrscht während der sonderbaren Vorstellung fieberhafte Erregung, da die Darsteller aus einer Schar von Dilettanten bestehen, deren Verwandte, Frauen und Kinder atemlos auf die Bühne starren. Auch dieses Beispiel zeigt, wie sehr man in Russland das ganze Leben politisiert hat: Ueberall politische Klubs, politische Theater, politische Kinos und jetzt ein riesiges politisches Panorama, das wie ein Schlachtengemälde an der exaltierten Zuhörerschaft vorbeizieht. Werden so die kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse gelöst? Ist das die Revolution der Geister, die sich in Russland vollzogen haben soll?

Ein vierstöckiges Fabriksgebäude, eine Baumwollspinnerei bei Chemnitz, wurde trotz des Einbrechens der Feuerwehr aus zehn Nachbarorten vollständig eingeschifert.

**Der Amtschimmel.** Das tschechoslowakische Hauptzollamt Eger schreibt mit fünf Rundmachungen zum dritten Male (trittenmale!) sagt die amtliche Rundmachung die Versteigerung von fünf Gegenständen aus. Von den gleichlautenden Rundmachungen bringen wird die erste zur Gänze und lassen bei den folgenden nur die Gegenstände und Beträge folgen. Die erste Rundmachung besagt, daß im Warenmagazin des Hauptzollamtes I. Kl. in Eger zum dritten Male öffentlich versteigert werden zwei leere Kisten im Gewicht von 55 Kilo und einem Schätzwerte von 6 K und fährt dann fort: „Der Käufer hat außerdem zu entrichten 301 88 K, Waggelb 1 K, Amtsgelb 1 K, Lagerzins 206.80 K. Bei der event. Ausfuhr entfällt die Entrichtung des Zolles und des Waggelbes.“ Die zweite Rundmachung schreibt die Versteigerung einer Kiste mit leeren Flaschen im Nettogewicht von 58 Kilo mit einem Schätzwerte von 20 K aus, wobei der Käufer in der Reihenfolge der obigen Posten außerdem hat K 21.20, 1 K, 50 Heller und K 343.40, zusammen K 366.10, die dritte Rundmachung die Versteigerung einer Kiste Petroleum im Bruttogewicht von 92 Kilo und einem Schätzwerte von 80 K, wobei der Käufer außerdem noch K 11.10, 1 K, 50 Heller und K 102.50, zusammen K 115.10, bezahlen soll, die vierte einen Grabstein im Gewicht von 204 Kilo mit einem Schätzwerte von 30 K, wobei der Käufer noch K 73.50, 2 K, 1 K und K 1435.20, zusammen K 1511.70, bezahlen soll und die fünfte die Versteigerung dreier Verträge mit Schamotteplatten für Öfen, Bruttogewicht 1744 Kilo im Schätzwerte von 600 K aus, wobei der Verkäufer außerdem noch K 418.60, 17 K, 10 K und 6930 K, zusammen 7375.60 K, bezahlen soll. Wir wundern uns ganz und gar nicht, daß die Gegenstände auch zum „trittenmale“ bei diesen Versteigerungen trotz des verlockenden Angebotes des Nachlasses des Zolles und des Waggelbes bei einer Ausfuhr unanbringlich sind, denn kein Mensch mit gesundem Sinnen wird für zwei Kisten, die 6 K wert sind, 296.80 K außerdem bezahlen oder für eine Partie Schamotteplatten, die er um 600 K haben kann, noch 7375.60 K. Im Gegenteil, jedes Gericht würde einen solchen Menschen als Verschwenker unter Kuratel stellen. Es ist wirklich schade um das schöne Papier für die Rundmachungen und die nutzlose Schreibarbeit.

**Folgen von Eifersucht.** Der 30jährige Invalide Josef Wörl in Eger, der bei der Fabrikarbeiterin Magdalena Mettner in Eger lebt, glaubte Grund zur Eifersucht auf den Schwager der Mettner zu haben. Als er diesen am 8. November beim Nachhausekommen in der Wohnung traf, jagte er beide aus der Wohnung und schlug den Schwager auch mit einem Schürhaken. Als die Mettner am nächsten Morgen um 7 Uhr zurückkam, stand Wörl unter der Haustüre und sagte, sie möge in den Hof kommen, er werde ihre Sachen herunterwerfen. Da die Mettner ihm Vorwürfe machte, daß sie nicht einmal in ihre Wohnung dürfe, drohte Wörl: „Wenn du hereinkommst, renne ich dir das Messer hinein.“ Das Kreisgericht diktierte Josef Wörl wegen gefährlicher Drohung und leichter Körperverletzung fünf Tage Arrest unbedingt.

**Prager Chronik.** Sonntag vormittag stieß ein Straßenbahnwagen der Strecke Nr. 20 an der Ecke der Bodeni- und der Belcredistraße auf einen Wagen der Strecke Nr. 2. Hierbei wurden verletzt: Der Photograph Franz Wiener aus Jätsch, die Bedienerin Anna Proch aus Pevonov und der Malermeister Viktor Trejll aus Bräovic. Die Verletzten wurden vom Polizeiarzt untersucht, der feststellte, daß es sich durchwegs um Verletzungen leichter Art handelt.

**Weiterbericht vom 15. Feber.** Nachdem die Temperatur Samstag mit 11 bis 12 Grad Cels. in den Niederungen Böhmens und der Ostslowakei ihren Höchststand erreicht hatte, ist in der Republik kälteres und trockenes Wetter eingetreten. Die Nachttemperaturen liegen um 0 und am Tage werden plus 6 Gr. nur noch vereinzelt überschritten. Die Vergängsel haben teilweise heiteren Himmel; über den Niederungen liegt meist Nebelgewölke. Niederschläge sind in den letzten 24 Stunden nicht gefallen. Der Luftdruck hat sich auf einen um rund 10 Wm. übernormalen Stand erhoben. — Wahrscheinliches Wetter von Dienstag: Niederungen vorwiegend nebelbewölkt, kühl; auf den Höhen wechselnd bis vorwiegend bewölkt, Südwestwind, später im Westen streichendes Nebelziehen.

**Prager Filmbörse.**

Im Slavia-Verleih erscheint der Zentifilm „Briefe, die ihn nicht erreichten“ nach dem gleichnamigen, seinerzeit ziemlich bekannten und berühmten Roman von Elizabeth v. Seyditz. Die Vorlage ist nicht gerade literarisch hochstehend und ebenso ist auch der Film wie von einer verstaubten Gartenlaube-Stimmung überhaucht. Erst zum Schluß kommt in die ein wenig eintönig dahinfließende Handlung mehr Schwung und Leben, wodurch der Film ein ergreifendes Ende findet. Bemerkenswert ist die gute Befehung der tragenden Rollen. Albert Wassermann als Konfuz, kränzlich und schwach, der sich für die Untreue seiner Frau auf eigene Art rächt, bewirkt von neuem, daß er einer der ersten deutschen Schauspieler ist, ebenso wie Bernhard Goetze in der Rolle des sich für den Tod seines Kindes rächenden Chinesen, der mit seiner eifigen Mimik und seinen stehenden Augen geradezu brennt. Wir werden auf diesen Schauspieler noch bei der Besprechung des bereits fertig gestellten, in den nächsten Tagen erscheinenden Filmes „Die letzten Tage von Pompeji“ zurückkommen. Die weibliche Hauptrolle spielt Marcela Albani, die ebenso schön wie eine gute Schauspielerin ist. Der ebenfalls im Slavia-Verleih erscheinende Paramount-Film „Der Gentleman-Detektiv“ ist ein glänzendes Spielfilm, bei dem man voll auf seine Rechnung kommt. Raymond Griffith als Hochappler, der die läbliche Gewohnheit hat, auf alle

**Zu diesen deutschen Fürsten.**

Die Goldschreiber der deutschen Höfe haben in ihren staats- und fürstenrechtlichen Expositen die Vergangenheit bis ins tiefste Mittelalter hinein aufzuzählen, um den Grundstock der Fürstenvermögen vor dem Zugriff des Volkes zu retten. Auf den römischen Staatsrechtslehrer Papinian hat man sich berufen, auf die „Goldene Bulle“ von 1356, die „dispositio Achilles“ von 1473 und den „Geraischen Hausvertrag“ von 1599 hat man aus der Rotenliste der Fürstenarchive hervorgezerrt, um an die Stelle des für die Revolution geschaffenen neuen Staatsrechtes ein „Fürstenrecht“ zu setzen, das, im Licht der Geschichte betrachtet, nichts anderes bedeutet wie Anmaßung und Raub.

Der „absolute Fürst“ ist in Deutschland durch den revolutionären Eingriff der Fürstengewalt in das Gemeineigentum der Bauern, der Reichsritter und der Reichsstädte entstanden und durch die Umwandlung des grundherrlichen Schirmherrn in den Despoten mit uneingeschränkter Gewalt. Im 15. Jahrhundert wurden in der deutschen Bauernschaft die Klagen allgemein, daß Wald und Wiesen von den Fürsten eingehegt und enteignet wurden. Ueberall flammte in der Seele des Landvolkes die Empörung auf und als die „Bauernrebellion“ in den Schlachten bei Königshofen und Frankenhäusen verblutet war, richtete der Landesfürst seine Herrschaft auf den Massenräubern der erschlagenen Bauern auf. Den schwersten und vernichtendsten Schlag gegen die mittelalterliche Staats- und Gesellschaftsordnung führte der Landesherr jedoch in geschickter Benutzung der Reformation durch die Eingziehung der Kirchengüter. Die „evangelischen“ Landesherren eigneten sich in größtem Umfange Kirchenland an, setzten sich selbst zu obersten Bischöfen der Landeskirchen ein und bauten auf dem ehemals katholischen Kirchvermögen das „Domänium“, den Grundstock der grundherrlichen Fürstenmacht, auf. Die Kirchenspaltung verschärfte weiter die staatlichen Gegensätze zwischen den Souveränen, und zwar sehr zum Schaden der Untertanen; denn die Religionsstreitigkeiten und Machtkämpfe des 30jährigen Krieges beschleunigten den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands und lockerten den staatsrechtlichen Zusammenhalt des Reiches. Anstelle der übernommenen Verfassung des „Heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ machte sich jeder Landesfürst nach der Lehre Machiavellis sein eigenes Recht.

Ein Musterstaat der machiavellistischen militärischen Staatstheorie wurde Brandenburg-Preußen. Ueber die Widerstände des Adels und der Landsknechts-Regimenter der damaligen Zeiten hinweg baute Friedrich Wilhelm I. auf dem Fundament seiner 80.000 Soldaten den absolutistischen preussischen Staat. Sobald sich irgendwo Widerstand zeigte, wie z. B. in den rheinischen Enclaven Jülich, Cleve und Berg, belagerte der König die Güter der widerspenstigen Stände mit schwerer Soldateska, ließ diese a discretion — stillschweigend — in den Quartieren haufen, bedrohte die kräftigsten Gegner mit Konfiskation ihrer Lehen, mit Leibes- und Lebensstrafen und ergoß dann auf dem Landtage von 1672 den neuen „Regel“ (Landtagsabschied).

**Volkswirtschaft. Die Bereinichtigung tschechoslowakischer Staatsanleihen.**

Aus der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschuld hat die Tschechoslowakei laut Beschluß der Reparationskommission eine Reihe von Eisenbahnanleihen übernommen. Diese Eisenbahnanleihen lauten auf verschiedene Währungsbezeichnungen (Kronen, Gulden, Franc und Mark) und werden zu einem verschiedenen Zinsfuß verzinst. Das Finanzministerium beabsichtigt nun diese Anleihen zu vereinheitlichen, wobei nur die auf Mark lautenden Anleihen ausgeschlossen werden.

Namen zu hören, schafft eine angenehm unterhaltende Gestalt, die man sich gerne ansieht. Betty Compson spielt seine ebenbürtige Partnerin und ist nicht weniger schenkwert. Den Film könnte man geradezu als Muster eines gediegenen, vollwertigen und humoristischen Spielfilmes bezeichnen. Die American brachte diesmal zwei unterhaltende, gute Spielfilme. Abenteuer in der Hochzeitsnacht“ betitelt ist ein Lustspiel, das den Lebensweg eines gerade getrauten Paares schildert. Das Stück ist auf glänzender Situationskomik aufgebaut und die flotte, abwechselungsreiche Handlung bietet ununterbrochen neue Ueberraschungen, denn jede Verwicklung findet eine andere Lösung, als man vermutet. Dabei kommen auch dramatische und spannende Szenen nicht zu kurz. In der Hauptrolle ist Herbert Rossikon. Der Film „Ihre Augenblicke des Glücks“ ist ein großartig angelegtes Gesellschaftsdrama mit Normann Kerry und Virginia Valli in den Hauptrollen. Sein einziger Nachteil ist die ausgesprochene Filmfabel, so daß die Phantasie des Zuschauers der Glaubwürdigkeit der Handlung kräftig auf die Beine helfen muß. Aber ansonsten ist das Stück flott und spannend gedreht und weist eine ganze Reihe gediegener und vollwertiger Szenen auf, die es zu einem anziehenden Unterhaltungsstück hempein. Gänzlich aus dem Rahmen des Alltäglichen fällt der Emma-Großfilm „Die Leuchte Asien“, der im Verleih der Moldavia erscheint. Der Film entspricht in jeder Beziehung dem, was

Gegen diesen Landtagsabschied, der mit wenigen Worten den Staat zum Eigentum des Fürsten machte, erhoben zwar die Stände Einspruch, so lange und so gut sie konnten. Der König von Preußen aber warf ihre Abgesandten kurzerhand hinaus. In den „Instruktionen an das Generaldirektorium“ brachte er folgende Grundzüge zum Ausdruck: „Die Kriegskasse gehört niemand anders als dem König von Preußen, die Domänenkasse ihm gleichen; wir hoffen auch, daß wir allein derselbe sind und keinen Vormund oder Koadjutor (Beisitzer) nötig haben.“ Auf diesem durch das Geld des Fürsten entlohnten Heer und auf dem gelobten Beamtenstand bauten nun die Nachfolger Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Friedrich Wilhelm II., den absolutistischen Staat weiter aus. Während sich Friedrich Wilhelm I. mit einer Armee von 80.000 Mann begnügt hatte, steigerte Friedrich der Große die Wehrmacht auf 195.000 Mann. Von den 23 Millionen der gesamten Staatseinnahmen veranschloß die Militärausgaben allein 12 bis 13 Millionen Taler. Der Staat wirtschaftete im wesentlichen nur um seine Armee, das Spielzeug seiner Könige, zu erhalten.

Dieses Herrschaftsinstrument des absoluten Landesfürsten atmete den Geist ihres mit Geld und roher Gewalt zur Macht gekommenen Herrn. Die Soldaten wurden verschächert, in Holzkisten verpackt, von einer Grenze zur anderen gekchoben, und nicht umsonst wird die Zeit des „Seelenverkaufs“ als die düsterste Episode der deutschen Fürstengeschichte bezeichnet. Von 1718 bis 1735 wanderten allein 12 Millionen Taler aus der preussischen Staatskasse ins Ausland. Im Jahre 1731 zahlte der König bei einer Musterung 145.000 Taler für 60 Mann. Vor allem in Ungarn und Siebenbürgen blühte der Menschenhandel auf. Neben den eigentlichen Militärstaaten wetteiferten die mitteldeutschen Kleinststaaten im Export des „Menschmaterials“, dessen Erlös in die fürstlichen Kassen floß. So verkaufte der Herzog von Braunschweig anlässlich des nordamerikanischen Freiheitskrieges an England 5700 Mann, der Landgraf von Hessen-Cassel 16.000 Mann, der Fürst von Hannover 3000 Mann, der Markgraf von Ansbach 1600 Mann, der Fürst von Waldeck 1200 Mann und der Fürst von Anhalt 1100 Mann. Die englischen Kommissäre kamen alljährlich auf den großen Menschenmarkt in Cassel und besichtigten die erkauften Menschen wie die Sklavenhalter die Negerkinder in Afrika.

Die französische Revolution, die lebendige Menschen und „Vürger“ gegen die gedrückten Regimenter des preussischen Königs und des Kaisers von Oesterreich zum Angriff führte, wurde bald mit dem mordenfräftigen Blunder des absolutistischen Deutschlands fertig; hundert Jahre darauf sollte auch das Schicksal der deutschen Fürsten besiegelt sein. Jetzt muß der Volksentscheid den Lohnschreibern einer künstlichen Wiederbelebung des deutschen „Fürstenrechtes“ im Zeichen Machiavellis und der „Goldenen Bulle“, im Zeichen der Enteignung von Land und Volk durch den „Domänenraub“ und den „Seelenverkauf“ die nötige Antwort erteilen!

Es handelt sich um 1560 Millionen Eisenbahnprioritäten und 160 Millionen anderer Vorkriegstitres (ungarische Rente aus dem Jahre 1910, österreichische Rente aus dem Jahre 1914 und eine Anleihe der Versicherungsanstalten aus dem Jahre 1912). Die neue Anleihe wird zu 6 Prozent verzinst werden und ist in 20 Jahren verlosbar, wobei die erste Verlosung bereits am 1. September 1926 erfolgt. Außerdem wird ein Teil der Anleihe dazu verwendet werden, um einen gewissen Teil der kurzfristigen Schulden (Kassenscheine) einzulösen. Insgesamt sollen im Jahre 1926 aus Mitteln der neuen Anleihe sowie aus budgetären Mitteln 2100 Millionen Kassenscheine eingelöst werden, während 2300 bis 2400 Millionen weiter im Umlauf verbleiben.

wohl den Urhebern vorgeschwebt hat: es handelt sich hier nicht um eine Verherrlichung Buddhas, sondern er stellt auf Grund der legendären Ueberlieferung den Werdegang des Königshines Gantama bis zu seiner Erleuchtung unter dem berühmten Bodhibaum dar. Im Augenblick, da Gantama zum Buddha wird, bricht die Handlung ab, — die indischen Verfasser des Drehbuches haben also gerade dort aufgehört, wo die christlichen Missionen erst beginnen. Für uns, die wir der stofflichen Vorlage völlig fremd gegenüber stehen, bedeutet der Film nicht mehr als ein Ausstattungstück ohne richtiges Tempo und ohne Spannung, eine verflüchtete Legende, ein farbenhaftes, schönes Märchen, und dürfte kaum die Günst der breiten Öffentlichkeit gewinnen. Bemerkenswert ist, daß außer dem Regisseur Franz Osten, der ein Deutscher ist, durchwegs alle andere indischen Ur-Prüfung sind. Der Moldavia-Film „Pat und Vatahon als Mülle r“ zeigt diesmal die beiden dänischen Komiker als Wälderburgen, die in der bekannt lustigen Art ihre lustigen Abenteuer bestehn. Die Handlung ist flott und unterhaltend wie gewöhnlich.

Von den drei neuen First National-Erzeugnissen ist das gehaltvollste „Der Triumph der Liebe“ mit Ronald Colman und Vilma Banky. Man würde es kaum für möglich halten, daß die Amerikaner auch echte Gefühle auf die Leinwand bringen können und ist angenehm überrascht. Vilma Banky spielt eine junge Dame der Gesellschaft, die mit einem Offizier verlobt ist, der im

**Gerichtssaal.**

**Eine Kunstkritik vor Gericht.**

Eine interessante, prinzipiell bedeutsame Entscheidung fällt jüngst das Brünner Kreisgericht. Es handelt sich dabei um folgendes:

Der deutsche Künstlerverein in Brünn hat vor Weihnachten im Saale des Künstlerhauses eine Ausstellung des Brünner Malers Franz Homolatsch veranstaltet. Zu dieser Ausstellung war der Architekt Viktor Oppenheimer, Professor der Kunstgewerbeschule und Kunstreferent des Brünner „Tagessboten“ eingeladen worden, um dem Publikum eine Erläuterung des Werkes des Ausstellers zu geben. Die Kritik des Genannten aber gefiel weder dem Maler noch seinen Verehrern, weil sie angeblich zu scharf und zu parteiisch war. Der Maler fühlte sich in seiner Ehre gekränkt und erstattete gegen den Architekten die Anzeige wegen Ehrenbeleidigung. Die Verhandlung fand — wie wir den „Lidove Noviny“ entnehmen — am 12. Feber beim Brünner Kreisgerichte statt.

In der Anklage wurde der Architekt Oppenheimer beschuldigt, daß er dem Kläger verächtliche Eigenschaften vorgeworfen habe und ihn der allgemeinen Lächerlichkeit preisgegeben habe. Er habe gesagt, daß die Bilder des genannten Malers „billige Malerei“, spielerische Ergänzungen und Massenproduktion seien. Die Farben seien eintönig und der Künstlerverein solle sich nächsten, wenn er wieder eine Ausstellung veranstalte, vor ähnlichen Unzulänglichkeiten in acht nehmen. Die Ausführungen des Beklagten seien keine Kritik gewesen, sondern ein hasserfüllter Angriff gegen die Person des Klägers.

Der Beschuldigte erklärte, daß die in der Anklage angeführten Äußerungen im ganzen und großen richtig seien, obwohl sie im Zusammenhange eine andere Bedeutung hätten. Seiner Ansicht nach habe er den Zuhörern eine objektive wohlbedachte Kritik gegeben und nicht im mindesten die Absicht gehabt, die Person des Malers irgendwie zu verletzen. Er habe einige Bilder des Malers gelobt, einige getadelt. Er habe dies alles in Erfüllung seiner Pflicht dem Künstler und dem Verein gegenüber getan.

Der vorgeladenen Zeugen bestätigten die Angaben der Anklage und einige von ihnen traten der Ansicht des Klägers bei, daß die Ausführungen des Beschuldigten aus dem Rahmen einer Kunstkritik herausfielen. Ein Zeuge führte aus, daß der Angeklagte insbesondere die von Homolatsch gemalten Porträts abfällig kritisiert habe. Er habe von ihnen behauptet, daß darin weder Charakter noch Seele sei. Ein anderer Zeuge erklärte, die in Rede stehende Kritik sei die schärfste gewesen, die er über Homolatsch gehört habe.

Der Verteidiger des Angeklagten stellte den Antrag, das Gericht möge zwei allgemein anerkannte Kunstreferenten darüber befragen, ob die Kritik des Architekten Oppenheimer eine persönliche gewesen sei. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und forderte die beiden Parteien zu einem Ausgleich auf. Beide Parteien lehnten ab. Der Kläger wies noch darauf hin, daß er Oppenheimer in die Ausstellung eingeladen habe, bevor sie eröffnet worden war, aber daß der Genannte nicht gekommen sei. Das Gericht war demgegenüber der Ansicht, daß gerade dieser Umstand davon zeuge, daß der Angeklagte sich die Objektivität wahren wollte.

Da der Ausgleich nicht gelang, fällt das Gericht ein Urteil, durch welches der Angeklagte freigesprochen und der Kläger zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt wurde. Das Gericht gelangte zur Erkenntnis, daß die äußere Form der Kritik teilweise übertrieben war, daß aber darin eine Herabsetzung des Klägers nicht erblickt werden könne und daß die Kritik sich nur auf seine künstlerische Tätigkeit bezogen habe. Der Künstler ist verpflichtet, sich der öffentlichen Kritik zu unterwerfen und muß davon überzeugt sein, daß die Kunst sich auch gegen eine ungünstige Kritik durchsetzt. Ohne Kritik gebe es keine Kunstentwicklung und der Künstler muß sich dessen bewußt sein, daß eine ablehnende Kritik besser sei als gar keine. — Der Kläger meldete die Berufung gegen das Urteil an.

Angeht die Tatsache, daß insbesondere vor dem Preßgericht schon Kunstkritiker wegen einer ablehnenden Kritik verurteilt wurden, ist dieses Urteil des Brünner Kreisgerichtes immerhin bemerkenswert.

Kriege sein Augenlicht verliert und, da er in deutsche Gefangenschaft gerät, zu Hause als gefangen angesehen wird. Erblindet kehrt er nach Kriegsende zurück, entsetzt aber edelmütig der Liebe seiner Frau, die keine Ahnung hat, daß der geliebte Mann unter einem angenommenen Namen lebt, aber trotzdem dem vermeintlich Totem unverbrüchlich die Treue hält. Das Schicksal führt die beiden jungen Leute schließlich ungewollt zusammen und damit findet dieser reizende Film sein Ende. Das Stück sieht sich fast wie eine melodramatische Dichtung an, so herzergreifend und menschlich ist diese einfache Handlung; ja manche Szenen sind sogar rührende, durchgeführte Poese. Die beiden Hauptdarsteller machen den Film mit ihrem ungezwungenen Spiel nur noch schenkwert. Dagegen ist der „Lohn des Berufsführers“ (In unbewachter Stunde) ein echt amerikanisches Machwerk nach der bekannten Schablone: ein „unwiderstehliches“ Mädchen bewingt einen Trottel von einem Mann. So gut der Film für die behäbigen bürgerlichen Kreise paßer mag, aus denen seine Handlung geschöpft ist, so entsetzlichen müßer wir ihn trotz seiner ziemlich netter Ausführung ablehnen. Doris Kenyon überreicht manchmal derart, daß es fast unangenehm ist, dagegen ist Milton Sills gut wie gewöhnlich. „Wie ein Weib liebt“ (Das Geheimnis des alten Leuchtturmes) betitelt sich der dritte vorgeführte Film, der ein flottes, spannendes Unterhaltungsstück ohne tiefere Bedeutung ist.

Mittellung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Schon die Schuhe! Pflegen sie mittels Schuhcreme und Schuhfett. Wir produzieren täglich 10.000 Dosen Schuhcreme aus feinstem Terpentinöl und karnaubischem Wachs.

Bata.

Prager Kurse am 15. Feber.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Price. Includes items like 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, etc.

Kunst und Wissen.

Siebente Arbeiter-Vorstellung. „Rigoletto“ von Giuseppe Verdi. Der Bildungsausschuss des Vereines deutscher Arbeiter in Prag darf sich rühmen, mit dieser Vorstellung eine Art Ehrenrettung unseres deutschen Theaters bewirkt zu haben.

Neueinstudierung „Der Liebestrank“. Schwant in 3 Aufzügen von Frank Wedekind. Zwei geistige Welten, durch eine tiefe Kunst getrennt, stehen hier einander gegenüber: Das ewig Gestrige mit seiner überkommenen, unverrückbaren Geistigkeit und das frische, sprunghafte und komische Heute.

Insgesamt, von Max Liebl besorgt, waren trefflich. Kurt Ehrle gab den Schwiegerling mit gutem Schmiss, die Katharina mit trotzig-wildem Temperament und Liebl gab als Rogoschin eine mehr als gelungene Figur ab.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Dienstag halb 8 Uhr „Mahl der Spötter“, Mittwoch halb 8 Uhr abends „Pygmalion“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag abends „Der Mensch im Käfig“, Mittwoch abends „Ramselle Ritouche“, Donnerstag abends „Der Liebestrank“.

Rathen, der Staatsgefährliche. Toleranz ist in Polen unbeliebt. Darum ist von den Wlauer Behörden auch die Aufführung von Lessings „Rathen dem Weisen“ verboten worden.

Und als eine Wlauer Zeitung dieses Verbot zu kritisieren wagte, wurde der verantwortliche Redakteur dafür vom polnischen Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Köninghof. Sonntag vormittags fand in Rettendorf die Halbjahreskonferenz des Unterbezirks Köninghof der Bezirksorganisation Arnau statt.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsg. Prag. Mittwoch, den 17. Feber l. J. findet im Verein deutscher Arbeiter um 8 Uhr abends ein Vortrag des Genossen Ernst Paul statt.

Turnen und Sport.

FC. Sparta gegen Viktoria Zizkov 3:3 (2:2). Die wochenlange Reklame und die aufsehenerregenden Resultate beider Klubs hatten Sonntag gegen 20.000 Zuschauer auf den Spartaplatz gelockt.

Ropfbau aus, Benda befand sich außerhalb des Tores; kurz darauf erringt Viktoria die Führung und knapp vor der Pause gleicht wiederum Sparta durch einen Nachschuß aus.

DFC. (Profi) gegen Budapest Team 0:2 (0:2). Das in Budapest ausgetragene Spiel ging durch das Versagen Blagomir im Tor für die Blauweissen verloren.

DFC. (Amateure) gegen Malostranský SK. 10:1 (2:1). Die Amateurm Mannschaft des DFC absolvierte Sonntag vormittags ihr erstes Spiel in dieser Saison und konnte einen ausgiebigen Sieg feiern.

Länderwettspiele. Ungarn schlägt Belgien (A-Mannschaft) 2:0 (0:0). Das von 25.000 Zuschauern in Antwerpen ausgetragene Länderwettspiel sah die Ungarn nach einer torlosen Halbzeit als überraschende Sieger.

Sonstiger Sonntagssport. Prag: Slavia gegen Slavia Zizkov 6:1 (2:1), dieses Spiel fand Sonntag statt und wurde von der Slavia mit viel Erfolg bestritten.

Slavia gegen Slavia Zizkov 6:1 (2:1), dieses Spiel fand Sonntag statt und wurde von der Slavia mit viel Erfolg bestritten; Union Zizkov gegen Meteor VIII 5:4 (3:1), sicherer Sieg des Amateurmehlers über die Profis; Ruzický SK gegen Čechie Karlin 4:2 (3:0).

Verbreitet den „Sozialdemokrat...“

Eachen links! Das neue deutsche Mitgliedserkenntnis... Jede Nummer ab 1.10. In bester Buchhandlung.

Alle Bücher liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Kramer & Co. Teplitz-Schönau.

VERSALÉ Das selbsttätige Waschmittel für die Wäsche vollkommen unschädlich! Includes image of a washing machine and detergent container.

Husten Sie? So versäumen Sie keine Minute und kaufen Sie die von Millionen täglich gebrauchten KAISER'S Brust-Caramellen!

Schon die Schuhe! Ihr Schuhwerk erfordert erhöhte Aufmerksamkeit! Bei trockenem Wetter empfiehlt sich, daß man Schuhwerk aus Box calf oder Chevreauleder mit einer weichen Bürste vom Staub reinigt.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarbeiten wie: Tabellen, Börsen, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Fakturen, Briefpapieren usw.

Bata Kaufel Crème und Fett. Includes large Bata logo.